Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 3. Oktober 1998 109. Jahrgang Nr. 31.165

IWF-Einladung eine „Ehre für das Land“

Menem spricht am Dienstag bei der Versammlung des Internationalen Währungsfonds

Präsident Carlos Menem äusserte am Donnerstag seinen Stolz über die Einladung des Internationalen Währungsfonds IWF zur Teilnahme an der Eröffnungsversammlung der Institution in Washington und unterstrich, dass die Einladung eine Auszeichnung für das Land sei. Der Staatschef, der am Dienstag bei dieser Gelegenheit eine Rede hält, wird neben US-Präsident Bill Clinton, dem IWF-Titular Michel Camdessus und Weltbankpräsident James Wolfensohn auf der Tribüne sitzen.

Gleichzeitig wird beim Treffen der Minister und Staatssekretäre Aussenminister Guido Di Tella über die Ergebnisse einer vom Centro Argentino de Relaciones Internacionales (CARI) in Auftrag gegebenen Umfrage berichten. In dieser Umfrage hatten sich 61 Prozent der Befragten für eine verhandelte Erreichung der Souveränität über die Malwinen ausgesprochen. Die vom Centro de Estudios para la Nueva Mayoria angestellte Untersuchung hatte die Meinung der Bürger im allgemeinen und der führenden Oppositionellen im besonderen über die Aussenpolitik und die Verteidigung Argentiniens erforscht.

Beamte, Abgeordnete, Senatoren und Wirtschaftler haben sich unterdessen positiv zur Einladung Menems durch den IWF und seiner Rede vor der Internationalen Finanzinstitution geäussert. Präsidialsekretär Alberto Kohan bezeichnete den Umstand als „bedeutungsvoll“ und erklärte, „es ist ein Forum, um zu zeigen, was Argentinien geleistet hat“. Der Wirtschaftler Adolfo Sturzenegger stellte fest, „es ist eine Art zusätzliche Garantie, die der IWF dem Lande gibt“. Der Wirtschaftler Roberto Alemann versicherte, die Einladung Menems durch den FMI „ist eine deutliche Auszeichnung, denn es ist das erste Mal in 50 Jahren, dass ein anderer als der nordamerikanische Präsident in der Versammlung spricht. Zweifellos ist die Einladung eine Demonstration, dass wenn Argentinien auch ein aufstrebendes Land ist, für den IWF seine Buchführung doch in Ordnung ist.“

Kontinentaleis-Alternative Chiles

Überraschende Ankündigung von Aussenminister Insulza

Abgeordnete der Kommission für Auswärtige Beziehungen bewerteten am Donnerstag die Möglichkeit, dass die chilenische Regierung eine Alternativlösung hinsichtlich der Vereinbarung Menem-Aylwin in bezug auf das Kontinentaleis erwägt, als „absolut positiv“. Dies erklärten der Radikale Marcelo Stubrin und Guillermo Estévez Boero vom Frepaso und wiesen gleichzeitig darauf hin, dass mit dieser Änderung der chilenischen Position der Weg zu Verhandlungen über die Grenzziehung in der Zone des Kontinentaleises unter Respektierung des Abkommens von 1991 geöffnet sei. Das seinerzeitige Abkommen förderte eine „Grenze auf den Gipfeln, die Gewässer scheiden“.

Derart reagierten die Abgeordneten auf die Erklärungen des chilenischen Aussenministers José Miguel Insulza, die von internationalen Nachrichtenagenturen verbreitet wurden. Insulza hatte zur Überraschung der Abgeordneten mitgeteilt, dass die Regierung seines Landes in den nächsten Tagen einen neuen Vorschlag für das Kontinentaleis machen werde. Im Rahmen einer Pressekonferenz in Santiago gab Aussenminister Insulza, begleitet von dem chilenischen Botschafter Edmundo Pérez Yoma, keinerlei präzisere Einzelheiten über die neue Alternative bekannt. Die Lösung dieser Grenzfrage ist seit dem 2. August 1991 anhängig, als besagte Vereinbarung unterzeichnet wurde.

Insulza machte nur zwei prinzipielle Punkte der chilenischen Forderung deutlich. Zum einen, dass man den Zugang seines Landes zum Monte Fitz Roy respektiert und zum anderen, dass Argentinien sich vom Pazifik entfernt, weil es bei der jetzigen Grenzziehung nur sieben Kilometer von den Fjorden im Süden der strittigen Zone bleibt.

Stubrin erklärte, jedweder Vorschlag Chiles sei willkommen, doch werde er natürlich geprüft werden. „Ich für meinen Teil“, so Stubrin, „möchte mich unmittelbar mit der Initiative beschäftigen und betrachte diese auf jeden Fall als Fortschritt.“

Estévez Boero und Stubrin bilden zusammen mit dem Peronisten Fernando Maurette die Abgeordnetentroika, die seit Anfang des Jahres Verhandlungen mit argentinischen und chilenischen Geographen, sowie auch Abgeordneten des Nachbarlandes aufgenommen haben. Absicht der Beteiligten an diesen Gesprächen war eine Auflösung der parlamentarischen Erstarrung angesichts des Abkommens sowohl in Buenos Aires als auch in Santiago, die eine Ratifizierung des Abkommens der beiden Präsidenten verhinderte.

Allianz könnte Menem begleiten

Regierung soll für London-Besuch Position Malwinen überdenken

Die Mitglieder der Oppositionsallianz machten am Mittwoch die Möglichkeit, Präsident Carlos Menem bei seinem Besuch in London zu begleiten, von einer Prüfung der offiziellen Haltung bezüglich der Malwinenfrage abhängig. Der Radikalismus gab zu, dass es Kontakte der Regierung gegeben habe, damit der eine oder andere Abgeordnete oder Senator dieser Partei Menem nach London begleitet, während der Frepaso keinerlei Einladung bekam. Alle stimmten allerdings darin überein, dass die Unión Cívica Radical alle Annäherungen abgelehnt habe, und dass diese ausschliesslich im Bereich des Kongresses und nicht auf Parteiebene erfolgt seien. „Wir sind offen für alle Gespräche. Ich hätte überhaupt keine Einwände, wenn wir wenigstens andeutungsweise einig über die Ziele und über die einzuschlagende Strategie hinsichtlich der Malwinen wären“, stellte dazu der radikale Abgeordnete Marcelo Stubrin fest. Auch der Frepaso liess verlauten, das Thema sei keineswegs vom Tisch. „Es handelt sich nicht um eine feindselige Haltung gegen das Königreich, das wir als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft schätzen. Es handelt sich um das Markieren einer Differenz zur Regierung, die wir in ihrer Aussenpolitik hinsichtlich der Malwinen nicht unterstützen“, äusserten Frepaso-Sprecher. Aus dem Aussenministerium verlautete, dass das Fehlen einer Vielparteiendelegation zur Begleitung Menems der Grund sein werde, wenn der Präsident nicht vor der Zweikammerkommission des britischen Parlamentes sprechen könne, sondern nur vor der Kommission des Unterhauses für die Beziehungen zu Lateinamerika.

Magnetkarte für die USA

Die Neuigkeit wurde am Donnerstag von Tourismussekretär Francisco Mayorga in der Kabinettssitzung bekanntgegeben und die Minister (der Präsident war bereits informiert) staunten angesichts der brandneuen Karte Mayorgas. Tatsächlich wurde das System der Magnetkarte für die Einreise in die USA bereits vor einem Monat eingeführt und die Begünstigten sind die Bürger von 29 Ländern. Die Argentinier sind die einzigen Amerikaner, die in das System eingeschlossen sind. Es handelt sich dabei um eine Magnetkarte, in die der Abdruck einer Hand des Inhabers eingraviert ist. Sie erlaubt die Einreiseformalitäten auf den Internationalen Flughäfen von New York, Miami, Los Angeles und Washington in weniger als 25 Sekunden zu erledigen. Die Karte ist in erster Linie für Leute gedacht, die jährlich mindestens zwei bis dreimal in die USA fliegen. Sie heisst INSPASS und kann nur in den Vereinigten Staaten, allerdings gratis, beantragt werden.

Die Aussenpolitik in der öffentlichen Meinung

Aussenpolitische Themen pflegen in der Öffentlichkeit einen geringeren Stellenwert zu haben als die landesüblichen innenpolitischen Fragen, insbesondere Wahlen, Kandidaten und die Wirtschaft. Indessen ist Argentinien keine Ausnahme in der weltweiten Verflechtung, auch Globalisierung genannt, durch die aussenpolitischen Probleme anders eingeschätzt und auch in der Öffentlichkeit intensiver betrachtet werden.

Wie die Bevölkerung im allgemeinen und ihre führenden Menschen über die Aussenpolitik eingestellt sind, das war der Gegenstand zweier Umfragen, die das private Institut für Aussenpolitik („Consejo Argentino para las Relaciones Internacionales“) vor Jahresfrist veranstaltet und unlängst in einer Broschüre („La Opinión pública argentina sobre política exterior y defensa“, 51 Seiten mit zahlreichen Tabellen und Grafiken) veröffentlicht hat. Das vor zwanzig Jahren gegründete CARI ist ein unabhängiges Institut, dem mehrere Aussenpolitiker, Akademiker, Unternehmer und Studenten der internationalen Beziehungen angehören. Ihr Gründungspräsident Dr. Carlos M. Muñiz steht dem CARI heute noch vor. In einem Prolog zur Studie erinnert er an die 260 Seminare, zwanzig Studienkomitees und zwei Institute, die Besuche von 62 amtsausübenden und 20 früheren Staatschefs, über 180 Aussen- und Wirtschaftsminister sowie nahezu 4.000 Beiträge zur Aussenpolitik, die die emsige Tätigkeit des Instituts in zwei Jahrzehnten gekennzeichnet haben.

Die Initiative zu den Umfragen über die Aussenpolitik in der öffentlichen Meinung geht auf die Erfahrung des US-Instituts „Foreign Affairs Council of Chicago“ zurück, das seit 1974 regelmässig alle vier Jahre solche Umfragen veranstaltet, wodurch nicht nur der jeweilige Stand der Meinungen ermittelt wird, sondern auch Veränderungen festgestellt werden können, die im Laufe der Zeit mit jeweils neuen aussenpolitischen Problemen entstehen. Das CARI verpflichtet sich, ebenfalls alle vier Jahre solche Umfragen zu veranstalten.

Diese ersten Umfragen wurden vom „Centro de Estudios para la Nueva Mayoría“ des Demoskopen Rosendo Fraga zuhanden der Meinung der Bevölkerung mit 2784 angesprochenen Personen und dann vom CARI selber mit Fragebögen an 929 führende Personen („líderes“) organisiert, von denen freilich nur 233 geantwortet haben. Die meisten Meinungen wurden in der Bundeshauptstadt und Umgebung mit 960 der Bevölkerung und 133 der führenden Persönlichkeiten eingeholt, gefolgt von Rosario und Santa Fe mit 360 bzw. 15, Córdoba und Umgebung mit 320 bzw. 19, Mendoza mit 256 bzw. 12, Comodoro Rivadavia und Trelew mit 176 bzw. 7, Tucumán mit 160 bzw. 9, Corrientes und Jujuy mit je 120 bzw. 4 und 9, Neuquén und Ushuaia mit je 96 bzw. 7 und 9 eingeholt. Die Umfragen dürfen somit als deutlich repräsentativ eingestuft werden, wobei auffällt, dass so wenige führende Personen im Landesinneren die Fragebögen beantwortet haben. Beide Umfragen bezogen sich auf Menschen, die älter als 18 Jahre und im Durchschnitt 54 Jahre alt waren, von denen 95 Prozent Männer waren und 75 Prozent Universitätsabschluss aufwiesen.

Über die Bedeutung Argentiniens in der Welt im kommenden Jahrhundert waren sich die Führer mit 61 Prozent und die Bevölkerung mit 45 Prozent mehrheitlich einig, dass sie nur mittelmässig, d.h. weder hoch noch niedrig oder gar isoliert, sein werde. Von einem Dutzend aussenpolitischen Themen, waren sich beide befragten Gruppen nicht einig. Die Führer signalisierten mit 40 Prozent die regionale Integration und mit 37 Prozent den Aussenhandel als prioritär, wogegen die Bevölkerung sich mit 27 Prozent für den Aussenhandel und mit 17 Prozent für den Drogenhandel entschied. Alle anderen Themen (Menschenrechte, Malwinen, Ozeansouveränität, Einwanderungskontrolle, Terrorismusbekämpfung, Atomenergie, Kontinentaleis und Ausrüstung der Streitkräfte) wurden mit jeweils weniger als 10 Prozent bedacht, die meisten sogar weniger als 5 Prozent.

Die Mitgliedschaft Argentiniens im Mercosur wurde von beiden Gruppen deutlich bejaht: Führer mit 96 Prozent und Bevölkerung mit 76 Prozent. Hinzu kam die Empfehlung, dass Argentinien den Beziehungen zu Lateinamerika mehr Beachtung schenken sollte mit 79 bzw. 59 Prozent. Anders fiel die Antwort auf die Frage aus, welchem regionalen Raum sich Mercosur anschliessen sollte, ob Nafta mit 39 bzw. 21 Prozent oder die Europäische Union mit 36 bzw. 30 Prozent, wobei Lateinamerika keine Erwähnung fand.

Ob die Allianz mit USA Argentinien begünstigt oder dem Land schadet, wurde von 66 Prozent der Führer positiv und 32 Prozent der Bevölkerung negativ beantwortet, wobei 28 Prozent der Bevölkerung die Allianz als weder positiv noch negativ einstufte. Nach Berufen der Befragten aufgeschlüsselt, waren nur Gewerkschafter mit 44 Prozent und Priester mit 36 Prozent mit weniger als der Hälfte positiv, wogegen Militärs mit 82 Prozent, Unternehmer mit 80 Prozent, Journalisten mit 75 Prozent, Beamte mit 69 Prozent, Akademiker mit 61 Prozent und Politiker mit 54 Prozent klar positiv eingestellt waren.

Brasilien mit 51 Prozent und USA mit 34 Prozent wurden von den Führern als die Länder gekennzeichnet, mit denen Argentinien die engsten Beziehungen pflegen sollte, wogegen sich die Bevölkerung mit 27 Prozent für Europa entschied, Brasilien nur mit 19 Prozent und USA mit 15 Prozent bedachte. Brasilien führt bei den meisten Berufen, abgesehen von Unternehmern mit 44 Prozent, Militärs mit 39 Prozent und Journalisten mit 33 Prozent, die weniger als die Hälfte bestritten.

Zum Thema Kontinentaleis befürworten Führer mit 52 Prozent die Lösung durch die höchsten Gipfel der Wasserscheide und 35 Prozent die poligonale Grenzziehung, wogegen die Bevölkerung mit 39 Prozent für eine Volksbefragung einsteht und nur 30 Prozent für die höchsten Gipfel stimmen.

Mehrere Fragen beziehen sich auf Verteidigungsthemen. Ob das Sprichtwort, „wenn Du den Frieden sichern willst, bereite Dich für den Krieg vor“ (Lateinisch „si vis pacem para bellum“) noch gilt, wurde von den Militärs mit 97 Prozent bejaht, wogegen alle anderen Berufe mit weniger als 50 Prozent dabei waren, allen voran die Gewerkschafter mit 44 Prozent und am wenigsten die Akademiker mit nur 12 Prozent. Ebenso wurde die Politik gradueller und proportioneller Abrüstung in Lateinamerika mit 70 Prozent von den Militärs und 44 Prozent der Gewerkschafter abgelehnt, während alle anderen Berufe deutlich dafür waren. Führer mit 58 Prozent und Bevölkerung mit 47 Prozent schreiben den Streitkräften als Hauptaufgabe die Verteidigung der Souveränität zu, während die Kampfbereitschaft, die Beteiligung an Friedensoperationen und der Kampf gegen den Drogenhandel zwischen 10 und 16 Prozent Zusage erhielten. Die Friedensoperationen im Rahmen der UNO genossen als gesonderte Frage die Zustimmung von 90 Prozent der Führer und 57 Prozent der Bevölkerung.

Der Drogenhandel wurde als die grösste Bedrohung der nationalen Sicherheit von 38 Prozent der Führer und 32 Prozent der Bevölkerung vor den Grenzkonflikten mit 17 bzw. 23 Prozent und dem internationalen Terrorismus mit 16 bzw. 14 Prozent angesehen.

Im Fall eines bewaffneten Konflikts in Lateinamerika soll die UNO (48 Prozent der Führer und 28 Prozent der Bevölkerung), die OEA (37 bzw. 20 Prozent) oder die USA (4 bzw. 9 Prozent) eingreifen. Für eine defensive Allianz sollte sich Argentinien mit dem Mercosur (61 bzw. 34 Prozent), mit den USA als Alliierten ausserhalb der NATO (20 bzw. 18 Prozent) oder überhaupt nicht (10 bzw. 11 Prozent) zusammentun. Für die Entwicklung der Atomkraft ausschliesslich zugunsten friedlicher Zwecke entschieden sich 2 Prozent der Führer und 50 Prozent der Bevölkerung.

Die Umfragen zeigen, wie CARI erklärt, dass die öffentliche Meinung in Argentinien stabil, voraussehbar und rationell ist, den Mercosur unterstützt, einem realistischen Pazifismus zusagt und weitgehende Einigkeit zwischen den Führern und der Bevölkerung zeigt, wobei bemerkenswerterweise die Führer eher nach USA und die Bevölkerung nach Europa neigen.

Umfrage sieht Allianz in Führung

Gute Aussichten in Buenos Aires und Córdoba

Die Kandidaten der Allianz haben die Justizialisten hinsichtlich der Wahlpräferenzen in zwei der bedeutendsten Wahldistrikte des Landes überrundet, wie aus den Ergebnissen einer eben veröffentlichten Umfrage hervorgeht.

Die vom Institut Hugo Haime Anfang September angestellte Umfrage, das für gewöhnlich derartige Aufträge für die Regierung durchführt, wurde jetzt am Wochenende veröffentlicht. Befragt wurden in Buenos Aires 800 Personen und in Córdoba 240.

In der Provinz Buenos Aires liegt Eduardo Duhalde an der Spitze, wenn man alle für die Internwahlen registrierten Vorkandidaten berücksichtigt. Das heisst, es erscheint mehr als ein Repräsentant pro Partei. Der Gouverneur verbucht für sich 27,2 Prozent der Zustimmung, gefolgt von den Stars der Allianz Graciela Fernández Meijide (22,8) und Fernando de la Rúa (20,3). Für den anderen peronistischen Bewerber, Palito Ortega, optierten 11,1 Prozent und für den Ex-Wirtschaftsminister Domingo Cavallo 6,7 Prozent.

Die Umfrage ergibt jedoch, dass die Allianz praktisch gesehen die Präferenzen für ihre Vorkandidaten verdoppelt, wenn man sie individuell denen des PJ gegenüberstellt. Dies wird trotz der Tatsache deutlich, dass im Vergleich zu einer vorherigen Messung Duhalde als der einzige erschien, der gewann, während die Allianz einige Punkte verlor. Die möglichen Wahlszenerien sehen so aus:

- Meijide vs. Duhalde. Die Frepaso-Abgeordnete verbucht für sich 42,4 Prozent der Zustimmung, während der Gouverneur nur auf 35,3 kommt. Als dritter Mann zeigt sich Domingo Cavallo mit 9,9 Prozent.
- Meijide vs. Palito. Hier ist das Ergebnis ein noch eindeutigeres 45,4 (Meijide) zu 28,7 (Palito). Cavallo bekommt dabei 11,6 Prozent.
- Fernando de la Rúa vs. Duhalde. Der Radikale siegt mit 42,1 gegen die 35,3 Prozent des Gouverneurs. Cavallo erreicht 9,6 Prozent.
- De la Rúa vs. Ortega. Der Stadtchef bekommt 43,5 Prozent, Palito 29,4 und Cavallo 12,4 Prozent.

In Córdoba zeigt sich ein ähnliches Panorama, wenn auch mit einer Differenz im Peronismus: Ortega liegt hier besser im Rennen als Duhalde und hat sich im Vergleich zur letzten Umfrage noch verbessert.

- De la Rúa vs. Duhalde. Der Radikale bekommt 39,3 Prozent gegen 22,7 von Duhalde. Cavallo 13,8 Prozent.
- De la Rúa vs. Ortega. 37,1 (De la Rúa) gegen 30,6 (Ortega). Cavallo 11,3.
- Meijide vs. Duhalde. 34,5 (Meijide) gegen 23,8 (Duhalde). Cavallo 13,1.
- Meijide vs. Palito. 33,3 (Meijide) gegen 31,2 (Ortega). Cavallo 10,2.

Granillo Ocampo Chef des Stadt-PJ

Amtsantritt in drei Wochen möglich
Duhaldismus fordert Neuwahl

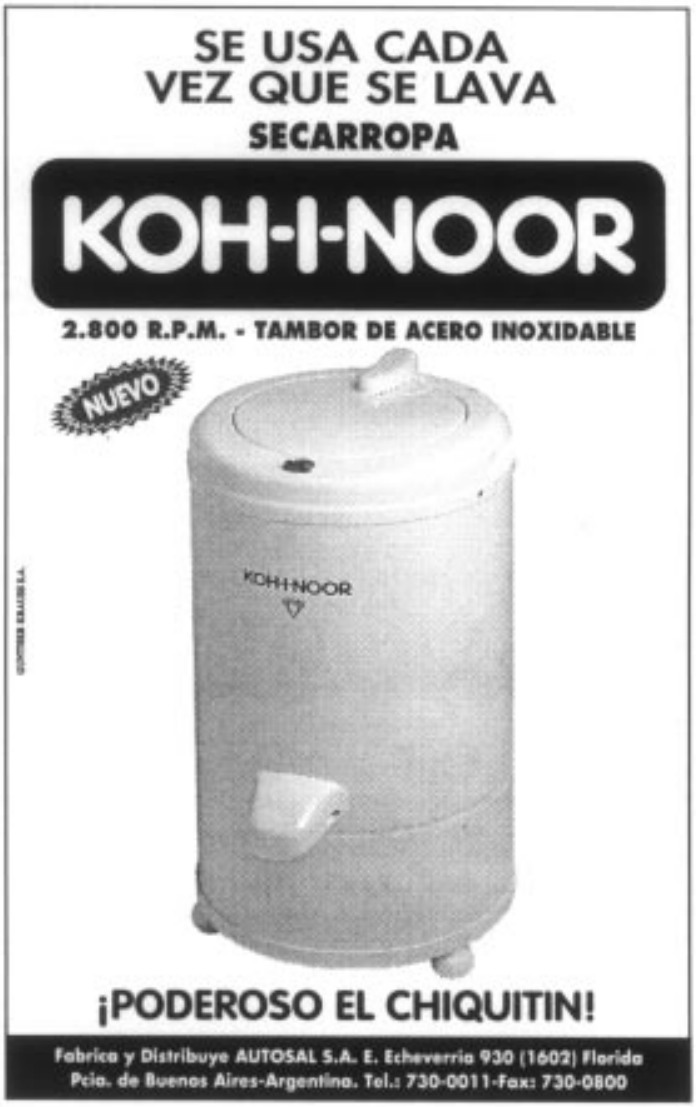
Justizminister Raúl Granillo Ocampo wurde am Sonntag im Rahmen von Internwahlen der Justizialistischen Partei zum neuen Vorsitzenden der Stadtpartei gewählt. Der gewählte Vorsitzende könnte sein Amt innerhalb von drei Wochen antreten, wenn der Wahljustiz die definitiven Zahlen der Wahlen vorliegen, wie Sprecher der von Rubén Marín, dem Gouverneur von La Pampa geleiteten Intervention des Distrikts erklärten. Gleichzeitig wurde der Sieg des Granillo Ocampo unterstützenden Sektors „mit Mehrheit und Minderheit“ bestätigt.

Die Bestätigung wurde offiziell noch am Nachmittag gegen den Einspruch des Sektors, der Claudia Bello auf den Stuhl des Vorsitzenden heben wollte, bekanntgegeben. Bello forderte für sich die Repräsentanz der Minderheit.

Die Wahlen selbst waren völlig reibungslos durchgeführt worden. In der Nacht zum Montag waren in der Computerzentrale in der Calle Matheu 130 bereits die Zahlen zu erfahren. Demnach erhielten Granillo Ocampo 14.722, Claudia Bello 6.526, Jorge Rottemberg 4.791, Dante Gullo 1.994, Jorge Rachid 775, Ricardo Mussa 597, Fredy Grasso 234 und Juan Domingo Perón 119 Stimmen. Die vom Duhaldismus geförderten nichtausgefüllten Stimmzettel ergeben beachtliche 7.425. Gemäss den von der Intervention festgeschriebenen Fristen begann am Donnerstag die endgültige Auszählung der Stimmen. Gleichzeitig wurde die Prüfung und Beantwortung der Einsprüche eingeleitet.

Präsident Carlos Menem wies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit der Einigkeit hin und sprach Granillo Ocampo, Glückwünsche für seinen Sieg aus. Der neue Vorsitzende bestritt Versionen, denenzufolge er den Sieg gesucht habe, um einen Sitz im Senat zu bekommen. Claudia Bello hingegen versicherte im Rahmen einer Pressekonferenz, „angesichts der Möglichkeit eines Wahlbetruges erkläre ich, dass wir mit annähernd 27 Prozent der Stimmen die Minderheit sind“.

Der Abgeordnete Eduardo Rollano aber erklärte, „die Wahlen waren legal, doch können sie wegen der wenigen Wähler nicht legitim sein“. Gleichzeitig forderte der Angehörige des Duhaldismus eine Wiederholung. Tatsächlich hatten von den insgesamt 167.000 Wahlberechtigten des zweitgrössten Wahldistriktes im Land nur knapp 30.000 ihre Stimme abgegeben. Weniger als 15.000 Stimmen sind dabei eine wenig ernstzunehmende Zahl für die Führung des hauptstädtischen Justizialismus, sagte Rollano.



Bis vier Kilometer U-Bahn mehr

Verlängerung der Linien „B“ und „D“ / Baubeginn für Linien „H“

Innerhalb von 15 Monaten wird die Stadt Buenos Aires ihr U-Bahnnetz um vier Kilometer verlängern. Dieses Vorhaben betrifft die Linien „B“ und „D“, die jeweils zwei Stationen dazu bekommen werden. Die vorgesehenen Gesamtkosten betragen 120 Millionen Pesos.

Jede Station mit dem dazugehörigen Tunnel hat eine Bauzeit von einem Jahr. Im gleichen Zeitraum beginnen die Arbeiten an der neuen U-Bahnlinie „H“, die eine Querverbindung darstellt, die von Retiro über Plaza Francia und Once nach Puente Uriburu geführt wird.

Die Netzvergrösserung hat in dieser Woche mit der Ausschreibung für den Bau vom zwei neuen Stationen für die Linie „B“ begonnen. Diese verläuft heute, ausgehend von der Hauptpost, unter der Avenida Corrientes bis zur Station Federico Lacroze im Stadtteil Chacarita. Die neuen Stationen werden Tronador und Avenida de los Incas im Stadtteil Villa Ortúzar sein. Der Verlängerungsabschnitt mit einer Länge von zwei Kilometern verläuft unter der Avenida Triunvirato. Zusätzlich zur Erweiterung mit Kosten in Höhe von 62 Millionen Pesos ist die Neugestaltung der heutigen Endstation Federico Lacroze und ihr Anschluss an die Eisenbahn in der Station Chacarita. Anfang kommenden Jahres sollen die Arbeiten an den Tunnels beginnen.

Die Linie „D“, die heute von der Station Catedral an der Plaza de Mayo bis zur José Hernández-Strasse in Belgrano fährt, wird eine Streckenverlängerung unter der Avenida Cabildo mit zwei neuen Stationen, Juramento und Congreso, bekommen. Die Kosten dieser Verlängerung werden rund 60 Millionen Pesos betragen. Die Fertigstellung ist für Mitte 1999 vorgesehen. Die Eröffnung der Station Juramento soll im März stattfinden.

„Die Vergrösserung des U-Bahnnetzes ist ein Projekt, das immer wieder verschoben wurde, obwohl die Stadt es zusammen mit den exklusiven Fahrspuren für die Busse in den Avenidas als wertvolle Alternative für das Verkehrsproblem braucht“, erklärt dazu Nicolás Gallo, Stadtsekretär für Produktion und Öffentliche Dienste. „Wenn Buenos Aires modern sein will, muss es das Niveau der grossen Städte der Welt erreichen, die über ausgedehnte U-Bahnnetze verfügen“, fügt Gallo hinzu.

Das U-Bahnnetz wird in anderthalb Jahren die ersten Abschnitte der ersten „gemischten“ Linie einschliessen, das heisst, die „H“ wird zum Teil unter den Avenidas Pueyrredón und Jujuy als U-Bahn und zum Teil als Hochbahn verkehren. Sie wird als Querverbindung Retiro mit Pompeya über Facultad de Derecho und Plaza Miserere, wo eine Anbindung an die Station Once der Sarmiento-Bahn geschaffen wird, verbinden. Die Linien „H“, die sechste der Stadt, wird 15 Stationen haben und in drei Etappen gebaut werden. Die erste beginnt Anfang 1999 und umfasst den Abschnitt Plaza Francia-Plaza Once. Gemäss den Statistiken, fahren täglich eine Million Personen mit der U-Bahn. Sie ist das schnellste und am meisten benützte Verkehrsmittel der Stadt.

Strafanzeige gegen Hebe de Bonafini

Gegen die Präsidentin eines Sektors der Madres de Plaza de Mayo, Hebe de Bonafini ist Strafanzeige wegen Verletzung des sogenannten Gesetzes zum Schutz der Demokratie erstattet worden. Dies verlautete am Mittwoch aus Justizkreisen.

Die Anzeige wurde von Santiago Cahill, dem Vorsitzenden der Partei Tres Banderas mit Sitz in der Provinz Buenos Aires, bei Bundesrichter Carlos Liporaci eingereicht.

Der Anzeigeerstatter stellt in seiner schriftlichen Eingabe fest, dass Bonafini „das demokratische System beleidigt hat“, als sie vor einigen Tagen bei einem Auftritt in der Carlos Pellegrini-Schule in einer Rede „die Jugendlichen dazu aufstachelte, gegen die Behörden zu rebellieren und die Gewalten Legislative und Justiz umzustürzen“.

Cahill und drei weitere führende Mitglieder dieser Partei, die sich der Anzeige anschlossen, bezogen sich dabei auf Zeitungsmeldungen, denenzufolge Bonafini die Schüler zu „Kampf und Revolution“ aufgefordert hatte und die „Waffen des Volkes aufzunehmen, die nicht in den Gerichten und nicht im Parlament sind“. Für die vier Politiker hat Bonafini die Jugendlichen direkt und sehr bestimmt dazu aufgefordert, „neuerlich Situationen der Gewalttätigkeit, des Blutvergiessens, Schmerzes und der Ressentiments zu schaffen“.

Prinz Akishino in Argentinien

Hundert Jahre freundschaftliche Beziehungen Japan-Argentinien

Präsident Carlos Menem äusserte am Dienstag im Rahmen einer Zeremonie anlässlich der hundertjährigen Beziehungen zwischen Japan und Argentinien sein Vertrauen in die Erweiterung und Vertiefung der Bindungen beider Länder. An der Zeremonie, die im Weissen Salon der Casa Rosada stattfand, nahmen auch der japanische Prinz Akishino und dessen Frau Kiko Kawashima teil.

Menem empfing das Prinzenpaar herzlich, das in Vertretung von Kaiser Akihito anlässlich der Feierlichkeiten zum Gedenken an die Unterzeichnung des Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrags am 3. Februar 1898 Argentinien besuchte. Im Rahmen der Zeremomie verlieh Menem dem Prinzen Akishino den Befreierorden in der Grosskreuz-Stufe zu Ehren des japanischen Volkes und seiner Regierung. Prinzessin Kiko Kawashima erhielt den Mai-Orden für Verdienste. Der Präsident erinnerte dann an den Besuch des Kaiserpaars Akihito und Michiko im Jahre 1997, den Eltern von Akishino und bestätigte dann seine Reise nach Japan zum Jahresende zur Feier des gleichen Anlasses in Tokio.

Zuvor und nach der protokollarischen Begrüssung hatten sich das Prinzenpaar und Menem zu einem Gespräch in das Arbeitszimmer des Präsidenten zurückgezogen, an dem auch die Minister Guido Di Tella und Jorge Domínguez und Präsidialsekretär Alberto Kohan teilnahmen.

Als Teil der Feierlichkeiten überreichte der Präsident von Correo Argentino, Jorge Rubén Aguado, Präsident Carlos Menem und Prinz Akishito den Sonderstempel zu den „100 Jahren der argentinisch-japanischen Freundschaft“. Menem unterstrich, dass die zahlreichen von den Partnern unterzeichneten Abkommen den bilateralen Beziehungen einen soliden juristischen Rahmen und in zahlreichen internationalen Fragen gemeinsame Positionen geben. Andererseits messe Argentinien dem Beitrag der tausenden japanischen Einwanderer grosse Bedeutung zu, die dieses Land wählten, um hier ihre Heime zu begründen.

SERVICIOS DIGITALES S.A.
ESPECIALISTA EN
Multimedia, Titulos CD-Rom, Presentaciones Interactivas, Documentos Electrónicos, Internet, Intranet y mucho más...
Corrientes 456 - P.16 - of.161- (1366) Bs. As. - Argentina
Tel/Fax: (54-1)393-8837/394-8298 - servicios@maus.com.ar

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Habeas Data

Die Senatoren haben sich vorgenommen, in den ersten Oktobertagen das Gesetzesprojekt zu diskutieren, in dem es um Regelung des verfassungsmässigen Rechtes Habeas Data geht, demzufolge jeder das Recht hat, die Daten kennenzulernen, die über ihn in privaten und öffentlichen Archiven gespeichert werden.

Kirchner ante portas

Der Justizialismus in Santa Cruz siegte am Sonntag mit breiter Mehrheit bei der Wahl von 24 Konstituantemitgliedern gegen die Allianz. Die Gewählten haben zur vordringlichsten Aufgabe die Reform der Provinzverfassung, um Gouverneur Néstor Kirchner ein eventuelles drittes aufeinanderfolgendes Mandat zu ermöglichen. Die Auszählung der abgegebenen Stimmen ergab 53,7 Prozent für den PJ und 38,6 Prozent für die Opposition.

Duhalde und die „62“

Der bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde ist neuerlich auf Distanz von Carlos Menem gegangen indem er der Gewerkschaftsopposition (62 Organisationen und MTA) versprach, dass er die „soziale Gerechtigkeit“ wahrhaftig einführen werde, wenn er 1999 in die Casa Rosada gelange. Ausserdem versicherte er den „compañeros“ unter Führung des Veteranen Lorenzo Miguel, sie würden an seinem politischen Projekt Anteil haben. Allerdings war nicht alles eitel Wonne. Bei dem Treffen fehlte es nicht an Kritik wegen der Annäherung Duhaldes an den Ex-Wirtschaftsminister Domingo Cavallo.

Palito siegessicher

Präsidentschaftsvorkandidat Ramón Palito Ortega versicherte am Dienstag, er brauche um die Wahlen zu gewinnen für keine Allianz. Er werde, so Palito, mehr als 45 Prozent bekommen. Der Ex-Gouverneur gab aber zu, dass es im Falle von Ballotagge die Partei sei, die eventuelle Wahlabkommen treffen müsse.

Cavallo for president

Mit dem Konvertibilitätsplan als Wahlslogan ging der Nationalabgeordnete Domingo Cavallo am Dienstag in Córdoba in sein Rennen um die Präsidentschaft. Er versprach, dass eine Regierung der Acción por la República (AR) die Arbeitslosigkeit, das organisierte Verbrechen und die Unsicherheit beseitigt werde.

Bioozeanischer Korridor

Die Gouverneure von Santa Fe, Córdoba und Mendoza unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung, derzufolge sie die Arbeiten an dem bioozeanischen Korridor zum Pazifik fördern wollen. Gleichzeitig forderten sie den Nationalkongress auf, die Haushaltsmittel dafür bereitzustellen. Jorge Obeid, Ramón Mestre und Arturo Lacalle waren sich auch einig über die Notwendigkeit, die Asphaltierungsarbeiten einiger Cordillerenpässe zu beenden.

UIA-Vorschlag

Eine Unternehmerdelegation von der Unión Industrial Argentina (UIA) äusserte am Dienstag gegenüber den Fraktionsführern der PJ-Abgeordneten ihre Besorgnis über die Situation des Produktivsektors. Die Delegation unter Führung von UIA-Sekretär José Ignacio de Mendiguren überreichte den Parlamentariern ein Vorschlagspaket mit einer Serie von Massnahmen.

Reform der Reform

In der bonaerenser Senatorenkammer ist eine Polemik über ein Gesetzesprojekt entbrannt, in dem es um die Änderung der Enthaftungsbestimmungen geht. Die Initiative stammt vom PJ, hat das Einverständnis der U.C.R. wird aber vom Frepaso abgelehnt. Das Projekt gewährt den Richtern die Möglichkeit, eine Haftentlassung von Angeklagten abzulehnen, wenn diese Rückfalltäter sind oder als gemeingefährlich einzustufen sind. Der Frepaso sieht in dem Projekt einen Verstoss gegen Verfassungsgarantien. Das Massnahmenpaket der Nationalregierung sieht die Heruntersetzung der Haftentlassungsbedingung von unter drei Jahren Strafandrohung auf unter zwei Jahren vor. Die Idee der bonaerenser Senatoren würde den Richter tatsächlich unabhängig machen und am Ende die Reform einer Reform sein.

Haft für ORP-Chefs

Die Bundeskammer hat am Mittwoch die Rechtsgültigkeit des Verfahrens und der Untersuchungshaftanordnung gegen zwei Chefs der Organización Revolucionaria del Pueblo (ORP) bestätigt. Die beiden Revolutionäre hatten am 4. April 1996 einen Mordanschlag auf den Arzt Jorge Antonio Bergés verübt, dem vorgeworfen wird, an der Repression der letzten Militärdiktatur teilgenommen zu haben.

Späte Anerkennung

Die Sportschützin Elvira Bella erhielt am Mittwoch nach zweijährigem Tauziehen die von ihr in der Nationalen Schiessmeisterschaften 1996 gewonnenen Siegermedaille. Der Argentinische Schützenbund hatte seinerzeit der Siegerin die Medaille verweigert, weil sie als Frau angeblich kein Recht habe, an den Meisterschaften teilzunehmen. Tatsächlich war Bella die einzige Frau und schoss noch dazu besser als alle Männer. Sie rief wegen Diskriminierung die Justiz an, die ihr Recht gab.

Hände Peróns geistern wieder

Der Chef des Heeresgeheimdienstes, General Jorge Pedro Miná, hat eine Aufforderung der Justiz erhalten, als „imputado no procesado“ (verwickelt, aber ohne Verfahrenseröffnung) in der Untersuchung der Profanierung der Grabstätte Juan Domíngo Peróns. Der Fall datiert von 1987, als eine bis heute nicht identifizierte Kommandotruppe im Chacarita-Friedhof die Hände Peróns und dessen Säbel stahl. Richter Alberto Baños zitierte den hochrangigen Militär, damit dieser hinsichtlich der Angehörigen des Heeresgeheimdienstes informiert, die in den Ermittlungen der letzten Monate als in die Profanierung verwickelt erscheinen. Miña, der 1992 sein Amt übernahm und mit dem Vorgang nichts zu tun hat, soll im Zusammenhang mit einer kürzlichen Antwort des Heeres an die Justiz vernommen werden. Im Einzelnen geht es um Informationen über Juan Alberto Di Caro, Horacio Antonio Carrondi und andere, die einwandfrei als Angehörige des Heeresgeheimdienstes identifiziert wurden. Im April hatte der Rechtsanwalt Méndez Carreras, der die Angehörigen der während der letzten Militärdiktatur verschwundenen französischen Nonnen vertritt, dem Richter einen anonymen Brief übergeben. In dem Brief, der an das lokale Amnesty International-Büro gerichtet ist, wird Di Caro der Profanierung der Grabstätte Peróns beschuldigt. Das Schreiben war dann, nachdem es in dem Buch „Perón, la otra muerte“ abgedruckt worden war, allgemein bekannt geworden. Baños ist andererseits auch daran interessiert, etwas über Carrondi zu erfahren, der 1991 wegen Profanierung von Grabstätten auf dem jüdischen Friedhof von Berazategui vorübergehend festgenommen wurde. Carrondi kannte auch Di Caro und wurde wegen seines Verhaltens in der Untersuchung der Entführung des Unternehmers Osvaldo Sivak angezeigt.

Randglossen

Als erster Präsidentschaftskandidat im Rennen um die Wahlen vom Oktober 1999 hat sich der frühere Wirtschaftsminister Domingo Felipe Cavallo in seiner Heimatprovinz Córdoba vorgestellt. Seine Hauspartei „Acción para la República“, für sich selber gegründet, hat ihn ohne parteiinterne Wahlen zum Kandidaten gekürt. Hiermit wurde sein Wahlfeldzug über ein Jahr vor dem Wahldatum eingeläutet. Cavallo hat mit einem Wählerpotential von angenommenen fünf bis zehn Prozent keine Chance, gewählt zu werden, darf aber hoffen, dass er sein wahlpolitisches Gewicht im Fall einer Zweitwahl zwischen den Kandidaten der Justizialisten und der Allianz gegen eine Mitwirkung an einer siegreichen Regierung einsetzen wird, etwa ähnlich wie die FDP in Deutschland.

Das Grabmal des durch Freitod aus dem Leben geschiedenen Geschäftsmannes Alfredo Yabrán in Pilar muss neuerdings besonders bewacht werden, seit die Familie über Indizien verfügt, nach denen das Grabmal geschändet werden könnte. Welche Absichten hinter einer solchen Gewaltaktion stehen, ist vorerst unergründlich, sie schreiben aber möglicherweise ein neues Kapitel im Buch des argentinischen Totenkultes. Leichen berühmter Männer wie Juan Lavalle, Pedro Aramburu und Juan Domingo Perón, ebenso von dessen Gattin Eva Duarte, wurden verschleppt, versteckt oder verstümmelt. Aus ihrem Versteck greifen die lebendigen Arme der argentinischen Politik in das Reich der berühmten Toten, die sie nicht in Frieden ruhen lassen.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Ein Viertelprozent

Seit mehreren Wochen war die Senkung des Zinssatzes in den USA erwartet worden. Seit die US-Börse ihren Höhenflug im Juli mit dem Dow Jones Index bis 9.250 beendete, haben sich volatile Kurse bei 8.000 eingependelt, zeitweise bis 7.500. Das missfällt den Spekulanten, insbesondere vielen Millionen Kleinsparern, die mit der gewaltigen Börsenhausse der letzten Jahre stets ohne eigene Leistungen wohlhabender wurden und sich eines zunehmenden Konsums erfreuten. Diese Seifenblase ist geplatzt. In der Folge fielen auch die Immobilienpreise in New York, die ebenso wie die Aktienkurse an den Börsen fieberhaft gestiegen waren. Der Konsum, der in USA die Sparquote nahezu verdrängt hatte, lässt auch leicht nach.

Genau dieses Szenarium schilderte der Präsident der US-Zentralbank, abgekürzt Fed, der seit zwei Jahren vor der Seifenblase an den Aktienbörsen warnte. Alan Greenspan, längst weltweit bedeutendster Wirtschaftspolitiker, weiss aus Erfahrung und Beobachtung, dass solche Seifenblasen an den Aktienbörsen, Immobilienmärkten und im Konsum schlechthin gelegentlich platzen und Gefahren für die Wirtschaftsentwicklung in die Wege leiten. Deshalb warnte er pausenlos vor den überhöhten Aktienkursen, die durch keinerlei Grunddaten der betreffenden Unternehmen gerechtfertigt waren.

Das Offenmarktkomitee des Federal Reserve Board kümmert sich periodisch um die Zinssätze der Ausleihungen mit Bundesbonds („federal funds“), die den Banken erlauben, sich kurzfristig beim Fed zu refinanzieren, indem sie die Bonds als Garantie hinterlegen. Dieser Zinssatz beeinflusst den Tagesgeldsatz, zu dem die Banken sich gegenseitig über Nacht Geld leihen, und hat nachhaltige Wirkungen auf das gesamte Zinsgefüge nicht nur der USA. Die langfristigen Titel, genannt Treasuries, bilden ihre Zinssätze am Markt, ohne direkten Einfluss des Fed. Nun hat das Komitee des Fed am 29. September den Zinssatz für Bundesbonds um ein Viertelprozent gleich 25 Basispunkten gesenkt, womit die Hälfte der vorjährigen Anhebung vom Tisch ist. In Finanzkreisen war diese Senkung des Zinssatzes längst vorweggenommen worden, allerdings, ohne dass das Komitee in den vorherigen Sitzungen die Senkung entschieden hätte, wie damals erwartet worden war. Die Aktienkurse hatten die Zinssenkung ebenfalls mit leichten Haussen eskomptiert, so dass die Kurse sogar nachliessen, als die Massnahme endlich bekannt wurde. Spekulanten hatten gehofft, dass das Fed-Komitee nicht ein Viertel- sondern ein halbes Prozent nachlassen würde, damit die Aktienkurse in der Folge wieder steigen könnten. Die Spekulanten weinen immer noch der Hausse nach, die bis zur Jahresmitte die Börsen weltweit gekennzeichnet hatte. Greenspan hat den Spekulanten diesen Gefallen nicht getan.

Die Zinspolitik des Fed hat zunächst die Verfassung der US-Wirtschaft im Auge, die immer noch kräftig wächst, Vollbeschäftigung und besonders hohe Auslastung der Produktionskapazitäten ausweist und daher mögliche Inflationstendenzen nicht ausschliesst, die bei hohem Beschäftigungsgrad in einer Marktwirtschaft eintreten, wenn Löhne, Gehälter und Preise steigen, weil die Nachfrage das gestattet. Bei Inflationsgefahr pflegt das Fed die Zinssätze anzuheben.

Dieses Mal dürfte das Fed gewissen deflatorischen Tendenzen, zumal aus dem Ausland, Rechnung getragen haben. Niedrige Ölpreise (die USA importierten etwa die Hälfte ihres Erdölbedarfs), ebenfalls gefallene Rohstoffpreise und die Folgen der brutalen Abwertungen in Asien ausserhalb Chinas drücken auf die Preise, die die US-Wirtschaft bezahlt, so dass die Inflationsgefahr gebannt erscheint. Das kann sich freilich ändern, wenn die Ölpreise anziehen und die Preise landwirtschaftlicher Commodities sich auch verbessern, wie es einige Fachleute wahrhaben wollen. Insofern ist eine bescheidene Zinssenkung von nur einem Viertelprozent sicherlich eine vorsichtige Entscheidung des Fed-Komitees, die die allgemeine Börsenstimmung, in USA „bear-market“ in Opposition zum vorherigen „bull-market“ genannt, nicht verändert.

Ob mit dieser Zinspolitik die gewünschte sanfte Landung nach der geplatzten Seifenblase an den Aktienbörsen zielgerecht erreicht werden wird, ohne die Wirtschaft, wie gelegentlich gefürchtet wird, über den Umweg einer allgemeinen Preisdeflation in eine Rezession sowie gegebenenfalls in eine dauerhafte Depression zu führen, muss abgewartet werden. Bei einem Dow Jones Index von etwa 8.000 Punkten hat die Seifenblase vorerst nur etwas Luft gelassen, ist aber nicht vom Tisch. Spekulanten und Börsenanalytiker, die einen Index von 10.000 per Jahresende voraussagten, geben freilich nicht nach und hoffen auf bessere Zeiten.

Obwohl die bescheidene Zinssatzsenkung des Fed-Komitees hauptsächlich auf die US-Wirtschaft gerichtet ist, wird sie ihre weltweiten Wirkungen nicht vermeiden können. In Europa darf vorerst nicht mit einer Zinssenkung der dort massgebenden Deutschen Bundesbank gerechnet werden, deren Priorität, wie ihr Präsident Hans Tietmeyer unlängst klarstellte, in der Konvergenz der Zinssätze der elf Zentralbanken per Jahresende liegt, die den gemeinsame Währungsraum bilden und per Anfang 1999 in Euro operieren werden. Dann wird die Europäische Zentralbank mit Sitz in Frankfurt einheitliche Zinssätze bestimmen, ebenso wie das Fed-Komitee für USA. Unterdessen gilt die Konvergenz zwischen den niedrigeren Zinssätzen der Deutschen Bundesbank und den höheren Sätzen der anderen Zentralbanken. Ein Senkung der massgebenden deutschen Sätze würde die Konvergenz stören.

Für unsere Region ist die Zinssenkung in USA eine gute Nachricht. Die Aktienbörsen dürften freilich davon viel weniger beeinflusst werden, als durch ihre Sympathieschwankungen mit den US-Börsen und die Auswirkungen der Finanzkrisen seit über Jahresfrist. Hingegen bedeutet die US-Zinssenkung, dass mehr Liquidität zur Verfügung steht. Im Gleichzug hiermit konnte Brasilien in diesen Tagen 3,0 Mrd. Real der gewaltigen Inlandschuld refinanzieren, allerdings zum horrenden Zinssatz von sage und schreibe 40%, die um fast 10 Prozentpunkten unter dem Zinssatz der Zentralbank lagen. Ausserdem konnte Brasilien u$s 500 Mio. zu 19% unterbringen, welcher Satz ebenfalls sehr hoch ist und das Länderrisiko signalisiert. Trotzdem hat die brasilianische Zentralbank täglich Devisen abgeben müssen. All das in Hinblick auf die morgigen Präsidentschaftswahlen, die am Markt mit der Erwartung einhergehen, dass Präsident Fernando Henrique Cardoso als Sieger mit mehr als 50% der Stimmen hervorgeht, so dass sich die Stichwahl erübrigt. Gelingt das nicht, dann muss man sich drei weitere Wochen gedulden, die für Brasilien schlechte Aussichten bedeuten.

Danach soll eine Hilfsaktion gestartet werden, bei der der Internationale Währungsfonds sowie möglicherweise die US-Regierung oder das Fed mitwirken werden, damit die Regierung ein strenges Fiskalprogramm in die Wege leitet. Indessen beibt die Frage nach wie vor offen, wie Brasilien seine interne Staatsschuld von rund 300 Mrd. Real mit Fälligkeiten innerhalb eines Jahres umschulden bzw. zu vernünftigen Zinssätzen regeln wird.

Für Argentinien ist eine Lösung der brasilianischen Finanzkrise sicherlich von grösster Bedeutung. Die Zahlungseinstellung Russlands bewirkte vor einigen Wochen, dass die argentinische Länderrisikoprämie sprunghaft von vorher etwa 400 Basispunkten sich vorübergehend auf über 1.200 verdreifachte und neuerdings bei etwa 800 Basispunkten immer noch doppelt so hoch liegt. Diese Prämie wird als Differenz zwischen dem Zinssatz des im Kürzel FRB genannten Brady-Schuldtitels, der keine US-Garantie geniesst und somit echtes argentinisches Solvenzrisiko des Schatzamtes signalisiert, und eines gleich langen US-Schatzamtpapiers, genannt Treasury, errech-net.

Würde Brasilien sich der gegenwärtigen Schlinge einer Solvenzkrise als Folge der kurzfristigen Staatsverschuldung entziehen können, dann würde auch Argentinien davon profitieren und bei niedrigerer Länderrisikoprämie gelegentlich wieder den Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten finden. Diese Märkte sind für Plazierungen sogenann-

ter „emerging marktes“ jetzt weitgehend verschlossen, weil nicht zwischen Kandidaten echter Solvenzkrisen wie Brasilien, vorher Russland und möglicherweise gelegentlich Venezuela, und Ländern wie Argentinien und Chile unterschieden wird, deren Makroökonomie in Ordnung ist und deren Finanzinstitute mit Devisenpolster für Krisenfälle sicher erscheinen. Unterdessen muss man sich mit Geduld wappnen und die rezessiven Folgen der Zinshausse auf die Konjunkturflaute der zinssensiblen Märkte wie Kraftfahrzeuge, Haushaltsgüter, Elektronika und Immobilien hinnehmen.

Dass Argentinien immerhin bei den Washingtoner internationalen Finanzinstituten besser abschneidet als an den Kapitalmärkten, zeigt die überraschende Einladung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank an Präsident Menem, damit er bei der Eröffnung der Generalversammlung in Washington in der kommenden Woche unmittelbar nach Präsident Clinton eine Ansprache an die anwesenden Bankiers und Beamten richtet. Es wird das erste Mal in der fünfzigjährigen Geschichte beider Finanzinstitute sein, dass ein anderer als der US-Präsident eine Rede bei der Eröffnungssitzung in Washington hält. Die Generalversammlungen werden jeweils zwei Jahre hintereinander in der US-Hauptstadt und dann in einem anderen Land abgehalten, wo dann der betreffende Staatspräsident die Sitzungen eröffnet.

Die Auszeichnung, die Präsident Menem mit dieser Einladung erteilt wurde, signalisiert deutlich, dass der IWF und die Weltbank die wirtschaftspolitischen Leistungen Argentiniens in den letzten neun Jahren hoch einschätzen und möglicherweise als Beispiel für andere krisengeschüttelte Länder aufzeigen wollen. Für Menem handelt es sich um eine einmalige Gelegenheit, vor mehreren tausend Besuchern, zumeist Bankiers und Beamte der beteiligten über 180 Regierungen, die Kennzahlen der argentinischen Finanzen und der Wirtschaft zu schildern und den dramatischen Umschwung aufzuzeigen, der von der damaligen Hyperinflation in die jetzige Stabilität des Geldwerts mit soliden Bankfinanzen, vom IWF überwachtem Haushalt, kräftig wachsender Wirtschaft und anhaltenden Auslandsinvestitionen von mehr als u$s 1,0 Mrd. im Monat ohne jegliche Seifenblasen geführt hat.

Dass sich dabei in der Gesellschaft und vor allem in der Landespolitik ein Konsens durchgesetzt hat, nach dem an den Grundfesten dieser Stabilität auch nach den nächstjährigen Präsidentschaftswahlen nicht zu rütteln ist, dürfte auch in Washington den Eindruck nicht verfehlen, wo man stets mit Luchsaugen auf die politischen Gegensätze schaut, die gelegentlich auf die Wirtschaft abfärben.

Der Katalog des Industrieverbandes

Die „Unión Industrial Argentina“ (UIA), der Spitzenverband der argentinischen Industrie, hat letzte Woche Präsident Menem in einer Audienz eine Denkschrift vorgelegt, mit einem Katalog von Massnahmen zur Bekämpfung der Rezession, die jeden Tag konkretere Konturen annimmt, mit neuen Zahlen über Umsatzrückgänge, zeitweilige Stillegung von Fabriken mit dementsprechender Aufhebung der Arbeit, mit Zahlungsverzug und geringeren Steuereinnahmen. Grundsätzlich lässt sich diese Rezession nicht mit lokalen Massnahmen überwinden, da sie importiert ist. Einmal wirkt sich der drastische Rückgang der Preise für Commodities aus, da Argentinien vornehmlich ein Exporteur von landwirtschaftlichen Produkten, Erdöl und jetzt auch Erzen, sowie industriellen Commodities ist, wie Speiseöl, Stahl, Aluminium und petrochemischen Produkten. Dann wirkt sich die Zunahme der Zinsen aus, infolge der Erhöhung des Länderrisikos für Argentinien, als Folge der kritischen brasilianischen Lage. Somit liegt die eigentliche Lösung jenseits der Grenze. Dennoch lässt sich hier manches tun, um die Folgen zu mildern. Was nicht bedeutet, dass die UIA mit ihren Vorschlägen den Nagel auf den Kopf trifft.

Der wesentliche Punkt bezieht sich auf eine effektivere Protektion gegenüber Importen. Die UIA schlägt vor, den Zollsatz des Mercosur gegenüber Drittländern zu erhöhen, wobei der bei der Welthandelsorganisation (WHO) verbriefte Höchstsatz von 35% eine Erhöhung bei den unteren Stufen erlaubt. Das erfordert die Zustimmung Brasiliens. Letzte Woche wurde jedoch auf Beamtenebene mit Brasilien vereinbart, die Zölle nicht zu erhöhen. Allein, diese Zollerhöhung würde auf alle Fälle das Problem nicht lösen, und hingegen ein falsches Signal geben, nämlich in Richtung auf eine Abkapselung der Wirtschaft. Der Aussenhandel bildet eine Einheit, und wenn der Import verteuert wird, dann wird indirekt auch der Export erschwert.

Die UIA fordert beiläufig eine restriktivere Politik - lies: höhere Zölle - für Länder, die der WHO nicht angehören, was sich konkret auf China, Taiwan und Russland bezieht. Nun wäre eine Diskriminierung Chinas ein grosser handelspolitischer Fehler; denn China ist ein Riesenmarkt, mit hohen Wachstumsraten, der auch für Argentinien zunehmend interessant wird. Wenn Argentinien China diskriminiert, dann wäre das eine Aggression gegen jenes Land, das die Handelsbeziehungen stören würde, und zwar in beiden Richtungen.

Es klingt merkwürdig, dass die UIA sich nicht über die Möglichkeit von Retorsionsmassnahmen äussert, also Zollerhöhungen für Länder, die ihrerseits argentinische Lieferungen mit Massnahmen behindern, die von der WHO nicht zugelassen sind. Das bezieht sich in erster Stelle auf Japan und Südkorea, die u.a. argentinisches frisches Rindfleisch nicht zulassen, mit dem Vorwand der Maul- und Klauenseuche. Die WHO hat jedoch festgesetzt, dass diese Restriktion auch dann nicht angewendet werden kann, wenn dies mit Impfung erreicht wird. Was Japan und Südkorea nicht anerkennen.

Das Grundproblem liegt indessen nicht bei den Zöllsätzen, die im internationalen Vergleich hoch sind, sondern vornehmlich in der Unterfakturierung und im Dumping. Letzte Woche wurde beschlossen, die Untersuchungsfristen bei Dumpingklagen drastisch zu verkürzen, was jetzt möglich ist, da mehr Information zur Verfügung steht, die interessierten Kreise jetzt wissen, wie sie die Beweise bringen müssen, und die Beamten inzwischen viel über die Dumpingproblematik gelernt haben. Gegenwärtig braucht die zuständige Amtsstelle 45 Tage, um einen Antrag zwecks Einführung eines Dumpingschutzzolles anzunehmen oder zurückzuweisen. Jetzt werden es nur noch 15 Tage sein. Dann kommt noch die Frist von durchschnittlich 75 Tagen hinzu, um die Untersuchung bei der nationalen Aussenhandelskommission zu eröffnen. Diese Frist soll jetzt halbiert werden. Das ist jedoch nicht so wichtig, da inzwischen ein provisorischer Dumpingzoll eingeführt wird.

Das Hauptproblem liegt jedoch bei den falschen Rechnungen. Die Exporteure im Ausland kassieren dabei den vollen Betrag und stellen eine Rechnung für den Importeur aus, die an eine ausländische Adresse geht. Gleichzeitig liefern sie dem lokalen Importeur eine falsche Rechnung, die dieser dem Zollamt vorlegt. Nun liegt die Beweislast jedoch beim Zollamt, das traditionell Schwierigkeiten hat, um den Betrug nachzuweisen. Das ändert sich jetzt zunehmend, seit private Firmen die Importe kontrollieren, und dann eine andere private Firma, wiederum diese kontrolliert. Was jedoch noch nicht gut funktioniert, ist der nächste Schritt: das Zollamt müsste bei Anzeigen über Unterfakturierung sofort handeln, was es jedoch nicht tut. Diese Fälle werden dann auch an das Steueramt übergeben, wo eine Inspektion angeordnet wird; denn bei Unterfakturierung muss dann schwarz verkauft werden. Sonst geht die Rechnung nicht auf, weil auf der einen Seite 23% an Zoll gespart wird und auf der anderen 33% Gewinnsteuer gezahlt werden muss. Deshalb pflegen die betrügerischen Importeure ihre Importe in viele Partien aufzuteilen, die sie wenn möglich über verschiedene Zollstellen abfertigen. Beim Steueramt geben sie dann nur einige davon an. Theoretisch sollte das System funktionieren, da es sehr einfach ist; in der Praxis hat es bisher versagt, wegen Schmiergeldern oder weil die Koordination nicht klappt.

Die UIA fordert die Einführung eines Informatiksystems für die Importe, durch das man die Mengen und Preise vorher erfahren kann, wobei sie schon einen konkreten Vorschlag vorgebracht hat. Staatsekretär A. Guadagni hat schon vor einigen Wochen angekündigt, bei Importen werde gefordert werden, dass ein Antrag gestellt wird, mit den kompletten Angaben, der automatisch genehmigt wird, jedoch in eine Datenbank eingefügt werden wird, die per Internet zugänglich sein werde. AFIP-Direktor C. Silvani erklärte letzte Woche, die Liste der Abfertigungen für den Export nach Argentinien, die 10 Tage vor

Ankunft im Land eingereicht werden, sei jetzt schon in die AFIP-Seite beim Internet-Netz eingefügt worden, so dass diese Information allgemein zugänglich sei. Mit diesem System kann die lokale Industrie, ebenfalls korrekte Importeure, die durch den unlauteren Wettbewerb der Betrüger geschädigt werden, sofort Anzeige erstatten, wobei das Zollamt dann bei den privaten Kontrollfirmen eine Untersuchung fordern kann. Die private Kontrolle wurde unlängst erweitert und soll sich in Zukunft auf noch mehr Waren beziehen. Es wäre wohl gut, wenn die UIA eine Liste von Zollpositionen vorlegt, die vorläufig noch nicht privat kontrolliert werden, bei denen der Verdacht der Unterfakturierung besteht, damit sie auch privat kontrolliert werden.

Auf steuerlichem Gebiet weist die UIA zunächst auf die Notwendikeit hin, die Hinterziehung zu bekämpfen. Das ist eine allgemeine Floskel, mit der die Regierung wenig anfangen kann. Leider macht die UIA keine konkreten Vorschläge in dieser Beziehung. Dann tritt der Verband für eine Verallgemeinerung der MWSt. ein, ohne Ausnahmen. Hier geht er sogar weiter als die Regierungsempfehlung und als der Kongress. Zum zweiten schlägt die UIA vor, die Unternehmerbeiträge zum Rentensystem sofort für die Waren zu verringern, die international gehandelt werden, also exportiert werden oder mit Importprodukten konkurrieren. Das soll sogar vor Januar 1999 geschehen, dem Datum, das die Regierung festgelegt hat. Das ist jedoch finanziell nur möglich, wenn die Rechnung mit der Steuerreform für das Schatzamt dabei positiv ausfällt, was kaum der Fall zu sein scheint. Ausserdem schlägt die UIA vor, die Steuer auf Zinsen hinauszuschieben. Das wäre vernünftig, da die Zinsen jetzt stark gestiegen sind und eine Belastung durch eine Steuer die Probleme, die sich dabei ergeben, erschweren würde. Dann fordert sie, dass die Aktivensteuer für die Unternehmen des Bereichs der handelbaren Güter verringert wird; das ist jedoch legal nicht möglich und hat auch keinen vernünftigen Sinn, wobei es viele graue Zonen geben würde.

Ferner fordert die UIA, dass die Exportrückvergütungen weiterhin steuerfrei bleiben. Das hat keinen vernünftigen Sinn: denn wenn diese Subvention Verluste ausgleicht, besteht ohnehin keine Gewinnsteuer; und wenn sie den Gewinn erhöht, dann besteht kein Grund, um sie nicht zu besteuern. Schliesslich schlägt die UIA noch vor, dass die Provinzen die Bruttoumsatzsteuer und die Stempelsteuer bei Exportprodukten abschaffen. In einigen Fällen ist dies schon geschehen, nachdem es Cavallo 1992 im Rahmen des sogenannten Fiskalpaktes mit den Provinzen gefordert hatte. Aber in den meisten Fällen ist dies nicht geschehen, oder nur zum Teil, so dass das Problem nicht gelöst wurde.

Die Lösung wäre einfach: bei den Exporten wird die vorher gezahlte MWSt. rückerstattet, so dass auch die provinzielle Bruttoumsatzsteuer zurückgegeben und in jedem Fall den Provinzen belastet werden sollte. Letzte Woche wurde ein Vorschlag der Staatsekretärin Carola Pessino, die direkt vom Kabinettschef Jorge Rodriguez abhängt, bekannt, um die Bruttoumsatzsteuer in eine Zusatzmehrwertsteur umzuwandeln. Das wäre auf alle Fälle ein Fortschritt, da dann die Verzerrung entfallen würde, die bei der provinziellen Steuer dadurch entsteht, dass sie in jeder Etappe von neuen erhoben wird.

Die UIA schlägt weiterhin vor, dass der Staat die Exportrückvergütungen und die Rückgabe der MWSt. pünktlich zahlt. Gegenwärtig besteht ein Verzug, obwohl seit der Amtsführung von Silvani viel schneller gezahlt wird als vorher. Abgesehen vom finanziellen Problem, das sich dabei für das Schatzamt ergibt (das eventuell durch Zahlung mit Staatstiteln gelöst werden könnte) besteht ein Verwaltungsproblem, da diese Rückvergütungen und Rückgaben einzeln geprüft werden müssen. Das erfordert einige Zeit, wobei jedoch die durch die Verfassungsreform von 1994 geschaffene neue Kontrollstelle („Auditoría General de la Nación“, geleitet vom Radikalen Enrique Paixao) festgestellt hat, dass das Steueramt herzlich wenig kontrolliert. Hier ist eine Privatisierung der Kontrolle notwendig, die eine schnellere Abfertigung der Gesuche möglich machen würde, aber gleichzeitig auch Betrüge aufdecken würde, die durch Angabe überhöhter Exportwerte und/oder Rückzahlungen von MWSt. entstehen, die nie gezahlt wurde. Insgesamt handelt es sich um einen Betrag von etwa $ 2,5 Mrd. jährlich, der bei guter Kontrolle um gut $ 0,5 Mrd. verringert werden könnte.

Finanziell schlägt die UIA vor, dass die Staatsbanken die Einleitung von Prozessen gegen säumige Schuldner aufheben, und dass das Steueramt die Zahlungspläne nicht annulliert, wenn eine Rate nicht pünktlich bezahlt wird. Nun ist es kaum möglich, dass die Regierung dies per Dekret oder sonstwie anordnet. Was jedoch getan werden kann, ist den zuständigen Beamten eine Anweisung zu geben, flexibler zu handeln und momentane finanzielle Schwierigkeiten der Unternehmen zu berücksichtigen.Auf dem Gebiet der Arbeitsgesetzgebung empfiehlt der Industrieverband, dass die geförderten Arbeitsverträge, die durch die neue Arbeitsgesetzgebung abgeschafft worden sind, weiter bestehen, solange die Krise dauert. Das ist eine vernünftige Empfehlung, da dadurch Arbeitsplätze erhalten werden, was gerade jetzt, da weniger neue geschaffen werden, wichtig ist.

Ausserdem fordert die UIA, dass während 60 Tagen die korrekte Anmeldung von Schwarzarbeitern bei Unternehmen mit bis zu 40 Arbeitern gestattet werde. Das ist vernünftig und sollte auf alle Fälle getan werden. Eine jüngste Initiative von Arbeitsminister Erman González lief in diese Richtung. Aber Roque Fernandez war dagegen, so dass dies zunächst steckenblieb. Er sollte sich den Fall noch einmal überlegen.

Schliesslich fordert die UIA, dass die Sonderstatuten abgeschafft werden; das ist jedoch kein konjunkturgebundener Vorschlag, sondern eine Angelegenheit, um die sich die Regierung seit längerer Zeit bemüht, die jedoch geharnischten Widerstand hat und in einer Wahlperiode kaum zu machen ist. Der Massnahmenkatalog ist noch weitreichender. Sofern die UIA einfach Geld von der Regierung fordert, dürften die Vorschläge wohl versanden. Aber einige Punkte sollten im Gespräch mit Fachbeamten vertieft werden. Es ist somit möglich, dass schliesslich doch etwas herausschaut, was für die Industrie wichtig ist, auch wenn es im Rahmen der gesamten Denkschrift als geringfügig erscheint.

Aufschwung der Ölsaaten

Das Landwirtschaftsjahr 1998/99 wird voraussichtlich weniger günstig als das Jahr 1997/98 ausfallen. Der üppige Regen, den die Strömung „El Niño“ im Pazifik auslöste, wird dieses Jahr nicht mehr fallen, wobei Fachleute eher eine trockende Periode erwarten. Das dürfte indessen nicht so schlimm sein, soferne die Niederschläge nicht sehr stark unter dem Normalstand liegen, weil der Boden viel Feuchtigkeit angesammelt hat. Was sich jedoch stärker auswirkt, sind die niedrigen Preise für Getreide und, in geringerem Ausmass, für Ölsaat. Die mit Weizen bebaute Fläche liegt dieses Jahr um 20% unter dem Vorjahr, bei Mais um 10% niedriger. Durchschnittlich wird bei Getreide mit einem Rückgang der bebauten Fläche von 12% gerechnet. Beim Weizen im Süden von Buenos Aires und La Pampa kommt noch hinzu, dass die Saaten durch die jüngsten Spätfröste geschädigt wurden, so dass auf alle Fälle mit niedrigeren Erträgen gerechnet wird.

Bei Ölsaaten wird hingegen mit einer Zunahme gerechnet: die mit Sojabohnen bebaute Fläche wird voraussichtlich um 3% zunehmen und die mit Sonnenblumen sogar um 15%. Dennoch wird bei Sojabohnen eine etwas geringere Ernte als dieses Jahr erwartet, nämlich 17,5 Mio. t, während bei Sonnenblumen mit einem absoluten Megarekord von 7 Mio. t gerechnet wird, 1,55 Mio. t mehr als im Vorjahr. Besonders im Süden der Provinz Buenos Aires werden Sonnenblumen den Weizen ersetzen. Der Übergang von Getreide auf Ölsaaten bedeutet einen höheren Wert pro Hektar, aber ausserdem einen höheren Exporterlös, da die Produktion zum grössten Teil im Inland weiterverarbeitet und als Öl und Nebenprodukte, hauptsächlich Sojamehl, exportiert wird, so dass der industrielle Mehrwert hinzukommt. Die Ölwirtschaft (Ölsaaten und deren Produkte) wird dieses Jahr voraussichtlich für U$S 5,3 Mrd. exportieren, was etwa 20% der Gesamtexporte des Landes darstellt. 1999 dürfte es bedeutend mehr sein.

In den letzten drei Jahren hat die Ölindustrie über U$S 500 Mio. in Kapazitätserweiterungen investiert, so dass sie jetzt in der Lage ist, bedeutend mehr Ölsaat zu verarbeiten. Zum Teil verwendet die lokale Industrie auch Sojabohnen aus Paraguay, die in den

Fabriken am Paraná ohne zusätzliche Transportkosten zu Öl und Mehl verarbeitet werden.

Der Getreidepreis sank seit der asiatischen Krise vom Oktober 1997 sehr stark, wobei er damals schon gegenüber 1996 spürbar zurückgegangen war. Bei Speiseöl hingegen war die Baisse geringer, weil im Orient die Palmölproduktion unter klimatisch ungünstigen Bedingungen gelitten hat. Wenn die Probleme in Asien andauern, kann auch für 1999 mit niedrigen Preisen gerechnet werden. Indessen ist eine Erholung im Gange, so dass man auch mit höheren Preisen für Getreide und Ölsaat rechnen kann. Die Russland-Krise wirkt sich hier weniger aus. Im Gegenteil: solange Russland die Landwirtschaft zum grössten Teil in staatlichen Händen hält (weil die Kommunisten in der Duma - dem Parlament - die Privatisierungsvorlagen Jeltzins ablehnen), kann man damit rechnen, dass Russland weiterhin die Getreideproduktion nicht auf den Stand bringen wird, der dem Potential des Landes entspricht. Eine Privatisierung würde Russland vom Importeur zum Exporteur machen, was einen starken Druck auf den Weltmarkt ausüben würde.

Rückläufige Fiskaleinnahmen

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates an Steuern, Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren lagen im September mit $ 4,08 Mrd. um 3% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 5,4% unter August. Das ist ein enttäuschendes Ergebnis, das die Regierung vor ein schwieriges Problem stellt. Denn unter diesen Umständen kann die im Budget festgelegte und dem IWF gegenüber versprochene Defizitgrenze nur eingehalten werden, wenn die Ausgaben weiter gekürzt werden, was kurzfristig sehr problematisch ist. Die Wirtschaft hat sich in den letzten Wochen spürbar abgekühlt, so dass kaum eine Besserung bei den Fiskaleinnahmen in den letzten drei Monaten des Jahres zu erwarten ist.

Besonders auffallend ist der Umstand, dass die Nettoeinnahmen der MWSt. (also minus Rückgabe bei Exporten) um 2,8% unter September des Vorjahres lagen, jedoch um 6,8% über August. Der Erlös dieser Steuer sollte sich zunächst im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt entwickeln. Die Zahlungen vom September entfallen auf Umsätze vom August, und in diesem Monat lag das BIP auf alle Fälle um mindestens 3% über dem Vorjahr. Aber ausserdem sollte es einen Fortschritt bei der Eintreibung geben, nachdem allerlei Massnahmen in diesem Sinn getroffen worden sind und sich Silvani redlich bemüht. Ebenfalls ist es schwer, eine Erklärung für den Sprung von 6,8% gegenüber dem Vormonat zu finden. Die Abnahme bei der MWSt. gegenüber dem Vorjahr ist besonders bei der beim Zollamt direkt einbehaltenen Steuer hoch, nämlich 15,7%, wobei jedoch September um 0,4% über August liegt. Die direkten Einnahmen beim Steueramt lagen um 0,6% über dem Vorjahr und um 0,4% über August. Das Steueramt hat jedoch im August weniger MWSt. an Exporteure zurückgezahlt, nämlich 54,1% weniger als im Vormonat und 67,6% weniger als im August. Darüber beklagen sich die Exportbranchen. Hätte das Steueramt weiterhin den Rückstand verringert, wie es bis vor kurzem getan wurde, dann wären die Steuereinnahmen noch geringer ausgefallen.

Die Exportrückvergütungen lagen im September um 11,3% unter dem Vorjahr und um 15% über August. Ebenfalls lagen die Zölle und Gebühren, die den Import belasten, um 7% unter dem Vorjahr und um 2,2% unter August. Das deutet auf eine rückläufige Entwicklung der Importe hin, die die Abkühlung der Konjunktur widerspiegelt.

Die Einnahmen aus der Gewinnsteur lagen im September um 0,4% über dem Vorjahr und um 26,6% unter August. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr erklärt sich, weil die Vorschüsse alle zwei Monate gezahlt werden. Hingegen hätten die Einnahmen wesentlich über dem Vorjahr liegen müssen, als Folge der guten Konjunktur der letzten Monate und des Jahres 1997.

Die Einnahmen des Sozialsystems lagen um 3,6% unter dem Vorjahr und um 2,4% unter dem Vormonat. Das ist eine normale Enwicklung, die durch den ständigen Übergang zum privaten System bedingt ist; die neuen Rentner stammen alle aus dem staatlichen System, aber diejenigen, die neu in den Arbeitsprozess eintreten, tragen sich bei privaten Kassen ein. Ausserdem hat die Schwarzarbeit in letzter Zeit wieder zugenommen.

Bei dieser Entwicklung sollte sich die Regierung den Fall ensthaft überlegen. Die Diskussion um den Lehrerfonds zeigt, wie konfliktiv es ist, neue Steuern einzuführen oder bei alten die Sätze zu erhöhen. Die Regierung sollte sich mehr um die Erfassung der Hinterziehung bemühen, was Silvani mit den traditionellen Methoden, die er anwendet, offensichtlich nicht gelingt. Wir wollen der Regierung einige Ideen geben:

a. Die Steuer auf Dieseltreibstoff sollte derjenigen angeglichen werden, die auf Benzin erhoben wird. Gleichzeitig sollte Transportunternehmen, Landwirten u.a. Unternehmen erlaubt werden, diese Steuer gegen ihre normalen Steuern zu verrechnen, nämlich Gewinnsteuer, MWSt. (auch bei Käufen), Sozialabgaben u.a., wobei ein Saldo in bar ausgezahlt werden müsste. Die Bruttomehreinnahmen würden schätzungsweise bei $ 4,5 Mrd. liegen, von denen etwa $ 2 Mrd. mit bestehenden Steuern verrechnet würden. Die verbleibenden $ 2,5 Mrd. würden die Hinterzieher und die Besitzer von Personenwagen mit Dieselmotor zahlen.

b. Als Felipe Solá Landwirtschaftssekretär war, wurden Schritte unternommen, um Schlachthäuser, Weizenmühlen u.a. Industrien, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiten, durch private Firmen zu kontrollieren. Bei den Mühlen ist die Frist für die Einführung eines automatischen Messgerätes des erzeugten Mehls schon abgelaufen. Bei den Schlachthäusern geht es um eine automatische Waage, die die Tiere wiegt, bevor sie geschlachtet werden. Die Daten werden dann in einer Informatikdatenbank gespeichert. Das sollte von Privatfirmen kontrolliert werden. Wenn es allgemein durchgeführt wird, kann das für den Fiskus zwischen $ 1 und $ 2 Mrd. an zusätzlichen Einnahmen ergeben. Wenn das Steueramt die physischen Daten über die geschlachteten Rinder erhält, ist es relativ leicht, die Grössenordnung der MWSt. festzusetzen. Der Übergang von Solá auf den neuen Staatsekretär Gumersindo Alonso, der die Berater entlassen hat, die sich mit dieser Frage befassten, hat die Durchführung verzögert.

c. Die private Zollkontrolle ist schon effektiv, würde es jedoch noch mehr sein, wenn das Informatiksystem des Zollamtes gründlich revidiert würde und das Zollamt auch einen Direktor erhielte, der das Fach kennt. Der gegenwärtige stammt aus dem Steueramt und versteht von Zollfragen herzlich wenig, wobei er auch nicht die notwendige Autorität hat.

e. Ebenfalls sollen private Firmen die Rückgaben der MWSt. und die Rückvergütungen untersuchen. Es handelt sich um einen Betrag von etwa $ 2 bis $ 2,5 Mrd. jährlich, der kaum kontrolliert wird, wie es die Kontrollstelle des Staates, genannt „Auditoría General de la Nación“ unlängst festgestellt hat. Hier werden Werte aufgebläht und MWSt.-Beträge zurückgezahlt, die vorher nicht eingezahlt worden sind. Eine gute Kontrolle erlaubt hier eine Ersparnis von $ 500 Mio.

f. Die Einführung integraler Informatik bei den Registern, angefangen beim Immobilienregister, würde dem Steueramt eine besserere Kontrolle erlauben, besonders bei der Vermögenssteuer. Es bestehen somit zweifelsohne Möglichkeiten, um den Steuererlös wesentlich zu erhöhen, auf der Grundlage, dass der Hinterzung besser erfasst wird. Wobei wir gewiss nicht alle Möglichkeiten aufgezählt haben. Aber die Regierung, die diese Vorschläge kennt, beharrt unbegreiflicherweise auf dem falschen Weg.

Goldproduktion in Patagonien

Von kaum einem Politiker oder Wirtschaftsfachmann beachtet, wurde am Montag in der Steinwüste der südlichen Provinz Santa Cruz der erste Goldbarren gegossen. Die bedeutende Gold- und Silbermine von Cerro Vanguardia hat mit der Produktion begonnen.

In dieses zweitgrösste Bergbauvorkommen des Landes wurden bisher U$S 275 Mio. investiert. Im Moment liefert es etwa 20 kg Gold und 200 kg Silber pro Tag. Wenn die Schmelze auf Hochtouren läuft, wird sie 10 Jato Gold und bis zu 150 Jato Silber erzeugen. In 15 Jahren Ausbeute, nach denen die 17 Gold- und Silberadern aus denen derzeit gefördert wird, erschöpft sein werden, wird die Betreiberfirma Edelmetall für U$S 1,1 Mrd., auf der Grundlage heutiger Marktpreise, gefördert haben. Hauptabsatzgebiete sind die heute krisengeschüttelten ostasiatischen Märkte und die arabischen Staaten, die unter fallenden Erdölpreisen leiden.

Um 10 Gramm Gold zu erhalten, muss in diesem Bergbauvorkommen eine Tonne Gestein verarbeitet werden.

Vergleichsweise erhält man im Bergwerk von Bajo la Alumbrera 0,5 Gramm pro Gesteintonne. In Cerro Vanguardia werden täglich 1.800 t Gestein gefördert, das sind 650.000 t im Jahr. Der letzte Raffineriedurchgang des Goldes wird in der Schweiz durchgeführt.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 6% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 6%.

***

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 8,5% auf 350,94, der Burcapindex um 7,0% auf 676,16 und **der Börsenindex um 5,8% auf 15.242,35.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 5,1% auf $ 0,8935.

***

Der seit dem 21. August im Río Negrotal und in Neuquén vorherrschende Frost hat die Obsternte, besondes von Steinobst wie Pfirsiche und Nektarinen, aber teilweise auch die von Birnen und Äpfeln, schwer geschädigt. Der Frost erreichte Temperaturen von minus 5^0 und hielt so lange an, dass die herkömmlichen Vorbeugungsmassnahmen überfordert wurden. In der Provinz Santa Fe, im Anbaugebiet um Coronda, wird der Verlust der Erdbeerernte durch Frost auf 35% geschätzt.

***

YPF SA gab an der Börse bekannt, dass sie, anlässlich der Kapitalaufstockung der kanadischen Bitech Petroleum Corporation, 18,67% derselben für U$S 15 Mio. erworben hat. Die Firma hat im 1. Halbjahr '98 U$S 16 Mio. umgesetzt und betreibt auch 5 Ölfelder auf Zypern, die bestätigte Reserven von 140 Mio. barrel enthalten. Für YPF SA beträgt der Kauf rd. 1% ihres Investitionsplanes 1998, nach den aufgrund des Preisverfalls von Rohöl verfügten Kürzungen um 7,4%.

***

Vertreter erster Banken prüfen mit der ZB die Vermeidung möglicher Spannungsfelder bei Bankenfusionen am Platz. Es wird angenommen, dass bis Ende 1999 mindestens 20 weitere kapitalschwache Banken erworben oder fusioniert werden müssen. Dabei sollen weder legitime Interessen geschädigt noch Bankkunden verängstigt werden.

***

G. Rodríguez Usé, Unterstaatssekretär für Steuerpolitik, erklärte, in der Originalvorlage für die Steuerreform waren Aktien und Kapitalbeteiligungen an Gesellschaften nicht für die Vermögenssteuer angeführt, die Einschliessung derselben durch das Abgeordnetenhaus habe sie jedoch besser und gerechter gemacht. Keinesfall bringe diese Einschliessung jedoch eine Doppelbesteuerung mit sich.

***

Nach Kauf einer eigenen Obligation für U$S 50 Mio. suchte die Bansud Bank um die Bewilligung an, eine weitere Obligationsausgabe für U$S 100 Mio. mit Fälligkeit am 2.11. aufzukaufen.

***

Mastellone Hnos. sind bereit, 10% ihres Molkereiunternehmens La Serenísima zu verkaufen, um Mittel für ihre Expansionsopläne in Argentinien und Brasilien flüssig zu machen. Firmenpräsident P. Mastellone erklärte, nach dem Verkauf von 15% an Dallpoint sei man bereit, weitere 10%, jedoch nur der Milchwirtschaft, anzubieten.

***

Die von der Parlamentskommission ausgearbeitete Vorlage würde der Bahnarbeitergewerkschaft Unión Ferroviaria gestatten, die Schmalspur-Gütereisenbahn des Ferrocarril Belgrano, Belgrano Cargas SA, zu Jahresende bis 2028 zu übernehmen, wenn sie einen internationalen Betreiber eingliedert. In Frage kämen Burlington Northern Railroad, USA, die Trenes de Bue-nos Aires betreibt, oder die belgische Consultingfirma Transurb Consult, die Metrovías berät. Belgrano Cargas wurde 1993 zwecks Privatisierung in eine AG verwandelt. Es war die einzige Strecke, die 1992 wegen ihres desolaten Zustandes keine Interessenten fand. Nach Übernahme durch die derzeitige Firmenleitung wurden 722 km der insgesamt 7.800 km Schienennetz mit U$S 38 Mio. repariert, womit die Fahrtzeiten um 25% bis 50% zurückgingen.

***

Die brasilianische Wirtschaftsführung will bei Einfuhren für U$S 5 Mrd. neue Einschränkungen schaffen. Das beträfe auch Lebensmittel aus Argentinien für U$S 2 Mrd., die härteren Kontrollen oder zusätzlichen Bewilligungen unterworfen werden könnten.

***

Die Ausfuhren von Bergbauprodukten werden in 1998 U$S 584 Mio. erreichen, um 400% mehr als die U$S 113 Mio. des Vorjahres. Industrie-, Handels- und Bergbausekretär Guadagni erklärte dazu, 1998 liefen die Ausfuhren des Bergbaues erst richtig an. In 5 Jahren würden sie U$S 1,7 Mrd. im Jahr einbringen. In diesem Jahr sollen die Ausfuhren von Kupfer U$S 427 Mio. (im Vorjahr U$S 68,4 Mio.) einbringen, von Lithium U$S 44 Mio. (Vorj. U$S 1 Mio.), Gold U$S 22 Mio. (U$S 1,2 Mio.), Borsalze U$S 19,3 Mio. (U$S 16,7 Mio.) und andere U$S 71,7 Mio. (Vorj. U$S 2,57 Mio.). Die Zunahme der Ausfuhrbeträge ergebe sich trotz des Preisverfalls von 19,1% beim Hauptausfuhrerzeugnis Kupfer.

***

Der Direktor der Nationalen Strassendirektion (Dirección Nacional de Vialidad), Guillermo

Erweiterung der Industriekapazität im August

Das Wirtschaftsstudieninstitut (Centro de Estudios para la Producción) des Industriesekretariates unter A. Guadagni verzeichnete im August 11 Einweihungen von neuen Industrieanlagen, bzw. Erweiterungen der Produktionskapazitäten in bestehenden Betrieben für insgesamt U$S 434 Mio. In den ersten 8 Monaten des Jahres wurden insgesamt 63 Neuerrichtungen und Erweiterungen für U$S 2 Mrd. festgestellt. Im August waren es folgende Unternehmen:

1) SanCor (4.8.): Einweihung in Sunchales, Provinz Santa Fe, einer neuen Entgegennahme- und Verarbeitungsanlage für 700.000 l Milch pro Tag, einschliesslich einer Milchpulvererzeugung. Die Investition betrug U$S 40 Mio.

2) DuPont (5.8.): Mit U$S 20 Mio. Investition wurde in Mercedes, Provinz Buenos Aires, die neue Anlage für Lycrafasern errichtet. Mit ihr soll die Fertigung verdoppelt und die Ausfuhren erhöht werden.

3) YPF SA (7.8.): Inbetriebnahme der neuen automatischen Speicher- und Abfertigungseinrichtungen innerhalb der Destillerie von Berisso, Provinz Buenos Aires, die durch eine Investition von U$S 20 Mio. das Vertriebssystem modernisiert.

4) Autopack (7.8.): Das auf selbstklebende Verpackungen spezialisierte Unternehmen hat mit U$S 2,5 Mio. Investition in Pablo Podestá, Provinz Buenos Aires, ein neues Werk errichtet.

5) Weinkellerei Santa Ana (7.8.): Das in der Provinz Mendoza ansässige Unternehmen hat einen Investitionsplan für U$S 30 Mio. begonnen, der Erweiterungen ihrer Infrastrukturanlagen und den Erwerb neuer Anbauten zur Qualitätsverbesserung der Weine für In- und Ausland zum Ziel hat.

6) Nextel (13.8): Mit der Einweihung ihres Kundendienstes in Buenos Aires Stadt und der Errichtung eines Verbindungsnetzes mit iDEN-Technik von Motorola, hat die Firma ihre Kommunikations-Dienstleistungen für Unternehmen aufgenommen. Die Investition betrug U$S 100 Mio.

7) Danone SA (18. 8): Zusammen mit der argentinischen Firma Mastellone Hnos. hat Danone SA das mit U$S 60 Mio. Investition in Longchamps, Provinz Buenos Aires, errichtete Werk in Betrieb genommen, das für eine Jahresproduktion von 200.000 t Molkereiprodukte ausgelegt ist. Es bedeckt 40.000 qm und ist der grösste milchverarbeitende Industriekomplex Lateinamerikas.

8) Kruguer (21.8.): Das Landwirtschaftsunternehmen hat in Pergamino, Provinz Buenos Aires, die neue Pflanzenölfabrik für U$S 16 Mio. in Betrieb genommen. Sie ist für die Speiseölerzeugung aus Sonnenbumensamen und Sojabohnen ausgelegt und kann 1.000 t pro Tag verarbeiten.

9) Molinos Río de la Plata (22.8.): Inbetriebnahme der nenen Getreidemühle in Pilar, Provinz Buenos Aires. Die Investition von U$S 40 Mio. bedeckt 8.000 qm, hat 20 Getreidesilos und eine Jahreskapazität von 420.000 t.

10) Indura (27.8.): Das chilenische Unternehmen hat im Industriepark von Garín ein Werk für Industriegase eingeweiht. Die Investition betrug U$S 17 Mio.

11) (27.8.) Refinería San Lorenzo: Das in der Provinz Santa Fe ansässige Unternehmen hat seine neuen Asphalt- und Vertriebsanlagen eingeweiht. Die U$S 92 Mio. Investition wird die Produktionskapazität auf 6.000 cbm Erdölprodukte erweitern.

Bilfinger + Berger

Das deutsche Hoch- und Tiefbauunternehmen Bilfinger + Berger (B + B), das im Vorjahr die argentinische Ineco SA erworben hat, hat in Frankfurt bekanntgegeben, dass es in Argentinien rund U$S 80 Mio. in drei Vorhaben investieren wird. Es handle sich um ein Hotel, um einen Supermarkt und ein Gebäude mit Etagenwohnungen.

Bilfinger + Berger, mit Stammsitz in Mannheim, ist Deutschlands drittgrösstes Bauunternehmen, und setzt auch auf seine Tätigkeitserweiterung im Ausland. Teil dieser Erweiterung war auch der Kauf von Ineco SA in Argentinen. Die Auslands-Investitionspläne betragen derzeit für Argentinien, Australien und die USA rd. U$S 170 Mio. und schliessen den jeweiligen Erwerb heimischer Bauunternehmen ein.

Im Vorjahr konnte Bilfinger + Berger U$S 5,7 Mrd. umsetzen, rd. 4% mehr als im Vorjahr, allerdings mit einem Rückgang bei den Gewinnen. Die Zahl der Beschäftigten nahm weltweit um 1.400 auf 57.500 zu, wobei die Zahl der Belegschaftsmitglieder im Ausland zu- im Inland hingegen abnimmt.

Nachfragezunahme bei öffentlichen Dienstleistungen

Die Beanspruchung öffentlicher Dienstleistungen lag im August um 10,1% über der des gleichen Vorjahresmonates und in den ersten 8 Monaten um 11,9% über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, wie im Wirtschaftsministerium bekanntgegeben wurde. Gegenüber dem Vormonat wurde, saisonbereinigt, eine Verringerung von 0,2% festgestellt.

Die grösste Zunahme wurde bei der Zellulartelefonie verzeichnet, die um 73,6% zulegte. Allgemeine Ferngespräche ins Ausland nahmen um 20,4% zu, Ferngespräche aus dem Ausland um 5,5%. Die an den Mautstellen des Nationalstrassen verzeichneten Kfz nahmen um 6,1% zu, die an den Mautstellen der Provinzstrassen um 25,3%.

Netto-Stromlieferungen nahmen, immer gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat, um 0,4% zu, die Erdgasförderung um 8,8%. Der Frachtverkehr legte bei den Eisenbahnen um 9,8% zu, bei Binnenflügen um 0,1% und bei Auslandsflügen um 6,8%. Die Vorstadteisenbahnen beförderten um 8,6% mehr Passagiere, die Untergrundbahnen um 16,8%, der Mittelstrecken-Eisenbahnverkehr um 4,7% und die Stadtbusse um 1,7%. Binnenflüge hatten um 0,4% mehr Fluggäste, internationale Flüge um 2,6% mehr.

M. Cavanna, erklärte, 67% der Instandhaltung der nationalen Überlandstrassen werde von Privatunternehmen durchgeführt, sei es im Rahmen von Konzessionsverträgen oder sogenannten CREMA - Verträgen (Construcción, Reparación, Mantenimiento), bei denen keine Gebühr bezahlt wird, sondern die Strassendirektion einen festen Betrag pro Strassenkilometer entrichtet. Bis zur Jahrhundertwende soll 97% des Strassennetzes von Privatunternehmen instandgehalten werden.

***

Die französische Total hat ihre Totalgaz-Abfüllungsanlagen für Flaschengas in Bahía Blanca und General Villegas geschlossen. Sie wurden sofort von den Belegschaften besetzt, die mit Streiks in den Abfüllanlagen der Firma in Mar del Plata und General Roca drohen.

***

Die Wirtschaftsführung hat beschlossen, den Verkauf von 25% der Hypothekenbank im November durchzuführen. Zwar erwarte man wegen der Weltkrise um 27% weniger als die ursprünglich angenommenen U$S 400 Mio., es sei jedoch ratsam den Verkauf bald durchzuführen, damit sich die Bank wie vor der Krise im Ausland mit Mitteln versehen könne, was die Bankengruppe, die bei dem Verkauf berät, empfohlen hat.

***

Industrie- und Handelssekretär Guadagni hat die Abschaffung des Dekretes der letzten Militärregierung beantragt, das die Einfuhr von 1.800 Kfz für die Polizei der Provinz Buenos Aires gestatten würde, ohne Zoll und MWSt. zu bezahlen. Das Dekret erklärt Einfuhren für die Ausstattung der Sicherheitskräfte gebührenfrei.

***

Das Industriesekretariat hat in Ermittlungen bei 23 Tankstellen im Nordgebiet von Gross Buenos Aires Preisunterschiede von 17,5% bei Dieselkraftstoff und von 11% bei Superbenzin festgestellt. Bei Dieselkraftstoff wurde in einer Rhasa-Tankstelle der niedrigste Preis, $ 0,399 pro l festgestellt, bei Shell mit $ 0,469 der höchste. Superbenzin kostete bei 2 Esso-Tankstellen $ 0,891, bei 6 Shell-Tankstellen $ 0,992 pro l.

***

Das Industriesekretariat gab bekannt, dass die Wirtschaftsführung die Vorlage für das Dekret bereits weitergeleitet hat, mit dem die Anwendung von Antidumpingzöllen beschleunigt werden soll. Bei Einfuhren aus Staaten wie Russland, China und Taiwan, die der WHO nicht angehören. werde die Zollverordnung angewendet, die noch schneller sei.

***

Die Regierung will vorschlagen, dass bei dem künftigen Verteilungssystem der Steuern mit den Provinzen, diese die derzeitigen Steuern auf Bruttoeinnahmen abschaffen und sie durch eine MWSt. ersetzen, die für Staat und Provinzen aufgeschlüsselt wird, wie C. Pessino, Staatssekretärin für steuerliche Rechtlichkeit, bekanntgab. In der ersten Durchführungsetappe sollen zur MWSt von 21% in den Provinzen zusätzlich die 3% bis 6% kommen, die jeweils als Steuer auf die Bruttoeinnahmen bezahlt werden.

***

Die Bundesverwaltung für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat den Schlachthof Faraón, in Gross Buenos Aires, wegen Nichtausstellung von Rechnungen für 3 Tage gesperrt. Ausserdem hat sie eine Busse von $ 9.000 verhängt.

***

Die Gerberei Yoma in Nonogasta, Provinz La Rioja, hat 400 Arbeiter entlassen. Das sei, Gewerkschaftsquellen zufolge, die Hälfte der Mitarbeiter.

***

Die starke Zunahme der Autodiebstähle macht den Versicherungsanstalten Sorgen. La Caja de Seguros, die in diesem Versicherungsbereich führend ist, weist auf eine Verdoppelung während des am 30. Juni abgeschlossenen Rechnungsjahres gegenüber dem vorangehenden hin: statt ein Auto auf 100, sind es jetzt zwei. La Buenos Aires, die auch ein grosses Portefeuille hat, weist auf eine Zunahme von 80% hin. Die Versicherungsanstalten weisen andererseits darauf hin, dass die Einführung des gerichtlichen Vermittlungsverfahrens die Zahl der Prozesse auf ein Drittel verringert habe, was sich stark kostensparend auswirkt. In vielen Fällen handelt es sich bei den Diebstählen um Betrug des Inhabers, der den Wagen verkauft (nach Paraguay oder für Ersatzteile) und ihn als gestohlen meldet. In Paraguay kann man immer noch ein Kfz eintragen, ohne zumindest eine Kaufurkunde vorzuweisen. Es genügt der faktische Besitz.

***

Die J.P. Morgan Bank steigt in Argentinien in das Immobiliengeschäft ein. Die von ihr mit der von der Familie Ader und der Bemberggruppe kontrollierten Logistikfirma Tasa gegründete Firma Plaza Logística wird als erste Investition 84.000 qm Lagerräume in General Pacheco, nahe den Fordwerken, errichten, um sie zu vermieten. Die Investition beträgt U$S 34 Mio., von denen 85% vom J.P. Morgan über ihren Investmentfonds Argo Partnership II bereitgestellt werden.

***

Im August wurden die niedrigsten Zahlungen von Sozialbeiträgen, seit 1994 festgestellt. Nur 51% der Eingetragenen haben bezahlt, wobei der Rückgang sowohl bei Arbeitgebern als auch bei Selbständigen festzustellen ist. Von knapp 9,3 Mio. Zahlungsverpflichteten haben 4,7 Mio. eingezahlt. Im Januar 1996 hatte die Zahlungsquote 65% betragen. Von da an ist die Anzahl der einzahlenden Selbständigen um 750.000 zurückgegangen.

***

Nach zähen Verhandlungen der Wirtschaftsführung mit den privaten AFJP Rentenkassen konnte die Unterbringung eines neuen Bonds für die Finanzierung der Öffentlichen Hand im kommenden Jahr vereinbart werden. Die Laufzeit soll 30 Jahre betragen und die AFJP sol-

ADLER, HASENCLEVER Y ASOCIADOS

WIRTSCHAFTSPRUEFUNGS- UND STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT
UNTERNEHMENSBERATUNG

seit über 30 Jahren für mittelständische Unternehmen tätig

Member of TGI International

SAN MARTIN 575, 2º ST.
(1004) BUENOS AIRES

Tel: (00541) 393-6680
FAX: (00541) 325-6989
post@adlerhas. com.ar
www.adlerhas. com.ar

Supermarkt Norte geht zu 49% an die französische Promodés

Die Exxel Gruppe hat 49% ihrer Supermarktkette Norte der französischen Promodés-Kette für U$S 420 Mio. bar verkauft. Es ist eine der grössten ausländischen Direktinvestitionen in diesem Jahr und umso bemerkenswerter, wenn man die Krisenstimmung auf den internatinalen Finanzmärkten in Betracht zieht. Promodés ist in Argentinien bereits mit rd. 20 kleinen Märkten tätig, die mit einer eher bescheidenen Auswahl sehr billig verkaufen. In Europa ist Promodés allerdings in beinahe allen Staaten mit insgesamt 903 Supermärkten und zusätzlich mit Discountstores gegenwärtig und setzt U$S 19 Mrd. im Jahr um.

Die Exxelgruppe betrachtet den Verkauf als ein hervorragendes Geschäft. Im November 1996 hatte sie die ganze Supermarktkette für U$S 480 Mio. gekauft. Nun konnte sie die Hälfte für U$S 420 Mio. verkaufen. Allerdings wurde die runde Verdoppelung des Wertes der Nortekette durch bedeutende Investitionen erreicht. U$S 110 Mio. wurden in den Ankauf von Verkaufsstellen dritter investiert, weitere U$S 240 Mio. in die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Lokale. Dafür hatte sich die Exxelgruppe für nahezu U$S 300 Mio. verschuldet.

Norte ist die drittgrösste Supermarktkette des Landes. Sie betreibt 58 Verkaufsstellen und setzt rd. U$S 1,7 Mrd. im Jahr um. Die Umsatzerhöhung um 48% brachte eine Gewinnerhöhung von mehr als 110%, von U$S 46 Mio. 1996 auf geschätzte U$S 118 Mio. in diesem Jahr. Die Betriebsleitung der Nortekette verbleibt weiter in Händen von Carlos Osiris de Roa.

20 Jahre Deminex: Übernahme durch Wintershall

Das 20jährige Bestehen der Deminex-Argentina S.A. wurde mit der gleichzeitigen Bekanntgabe der Übernahme dieses Erdgas und -ölfördernden und vertreibenden Unternehmens durch die dem BASF-Konzern zugehörige Wintershall AG (Kassel) rückwirkend zum 1. Januar 1998 begangen. Zur Unterschrift des Vertrages besuchten die Herren Herbert Detharding, geschäftsführender Präsident, (unser Bild) und Dr. Peter Reichetseder, geschäftsführender Vizepräsident der Wintershall, unsere Metropole, wo sie im Rahmen einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem geschäftsführenden Präsidenten der Deminex Argentina, Frank Hartmuth Dienemann, die Auflösung und Übernahme durch Wintershall sowie die zukünftigen Investitionspläne bekanntgaben.

So habe das Kassler Unternehmen vor, im Laufe der kommenden Dekade rund U$ 650 Mio. in Argentinien zu investieren, davon 65 % in der Ausbeutung drei neuer Gasvorkommen, 20 % in der Erforschung weiterer Quellen und 15 % in der Erweiterung der bestehenden Anlagen.

Detharding sagte der Erdgaswirtschaft des Landes eine blühende Zukunft voraus, da die Reserven bedeutend seien und der Mercosur blendende Chancen für die Ausfuhr böte. Zudem koste die Produktion von Erdgas halb so viel wie die des Erdöls, wobei auch noch die Investitionskosten und die Errichtung der Förderanlagen unvergleichlich billiger zu stehen kämen.

Über die unstabile Lage der Weltfinanzen befragt, meinten die Gäste, dass im Rahmen einer langfristigen Investionsstrategie die ständigen Variablen des Auf und Ab der Preise und Zinsen zu einer geraden Linie gedehnt werden und der Augenblick für Grossinvestitionen in Argentinien daher besonders günstig sei. Wintershall sehe auch interessante Möglichkeiten in Infrastrukturprojekten in Uruguay und Brasilien innerhalb dieses stark expandierenden Marktes und verfüge über genügend Kapital und Erfahrung inbezug auf Technologie und Management in Zusammenarbeit mit Partnern. Im Laufe der kommenden sieben Jahre gedenke die Firma ihr Engagement im südamerikanischen Konus zu verdoppeln.

Deminex Argentina S.A. - die sich in Zukunft Wintershall Energía S.A. nennen wird - ist seit 1978 37,5%iger Teilhaber der Gruppe, deren weitere Partner die französische Total Austral S.A. und die nordamerikanische Panamerican Energy LLC sind, die 1994 mit YPF in der Ausbeutung der Gas- und Öllager von San Roque und Aguada Pichana in Neuquén zusammenarbeiten. Bis 1997 habe Deminex U$S 460 Mio. investiert und damit die 5. Stelle in der Gasproduktion und die 9. in der Erdölförderung erreicht.

Am Donnerstagabend fand ein grossangelegter Empfang in den Räumen des „Círculo Militar“ statt, zu dem führende Vertreter aus Kreisen der Diplomatie, der Wirtschaft, des Handels, der Industrie und des Bankwesens erschienen.

len ihn direkt, ohne Einschaltung der Banken, erwerben. Damit würde sich das Schatzamt rd. $ 1 Mrd. sichern. Die AFJP würden die Bonds aus der Hälfte der künftigen Beitragseinnahmen erwerben, die mit $ 4 Mrd. im Jahr veranschlagt sind. Dabei würde kein Kaufzwang bestehen und der Zinssatz, der derzeit 11% bis 12% beträgt, wird marktgerecht sein. Durch die Unterbringeung bei Banken und Versicherungsgesellschaften würden weitere $ 2 Mrd. eingenommen werden.

***

Präsident Menem soll dem Gouverneur von La Rioja, A. Maza, und Belegschaftsvertretern der Yoma Gerberei in Nonogasta versprochen haben, er würde sich persönlich einsetzen um ausländische Käufer für das Unternehmen zu finden, damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Das tief verschuldete Unternehmen, 89% sind Bankschulden, sollte innerhalb der bestehenden Gesetze gerettet werden, konnte jedoch bisher die Auflagen nicht erfüllen.

***

Das Industriesekretariat hat mit Beschluss 1184 verfügt, dass die festen Zollsätze zum Schutz der Textil- und Bekleidungsbranche angepasst werden. Insgesamt sollen die Bereiche Schuhwerk, Textilien, Bekleidung aber auch Fahrzeuge, Stahl, Spielzeug und gewisse Lebensmittel geschützt werden.

***

G. Kammerath hat im Rahmen seiner US-Reise mit dem US-Handelssekretär Daley die Unterzeichnung eines Abkommens über die Abwicklung elektronischer Geschäfte, den sozialen Einsatz des Internet und die Förderung des Internet II vereinbart. Die USA und Argentinien sollen die Schirmherrschaft eines Gipfeltreffens über Internetinhalte in spanischer Sprache übernehmen. Auch sollen Steuerfragen bei der Abwicklung von Geschäften über elektronische Mittel erwogen werden.

***

Die Zusammensetzung des Merval-Börsenindex, der jene Aktien verzeichnet, die in den vergangenen 6 Monaten zum 31.3 bzw. 30.9.insgesamt 80% der Börsenbewegung verursachten, wird ab 30.9. aus 24 Notierungen errechnet, statt aus 37, wie bisher. Grund seien die geringeren Umsätze. Die im Index verbleibenden Firmen sind: Pérez Companc, YPF SA, Siderca, Telefónica, Acíndar, Renault, Banco Galicia, Telecom, Siderar, Comercial del Plata, Astra, Banco Francés, Molinos, Alpargatas, Irsa, Central Costanera, Indupa, Central Puerto, Capex, Sevel, Banco Río, Juan Minetti, TGS und Cresud.

***

Im Rahmen der starken Kursschwankungen im September konnten mehrere Aktien, die ausserdem in New York als ADR kotieren, Börsengewinne von über 30% erzielen, während andere in ähnlicher Grössenordnung verloren. Spitzenreiter waren Telecom +32,22%, Telefónica +30,22%, Banco Galicia +33,22% und Central Puerto +33,33%. Verlierer waren Alpargatas -33%, Bansud -31,4% und Celulosa -30%. Unter den ADR legte Banco Galicia 38,04% zu. Der Mervalindex schloss, trotz 4,31% Verlust am letzten Tag mit 6,08% Monatsgewinn. Bradys und Discounts legten 21,9% zu, Fristdepositen auf 30 Tage erzielten bis zu 12,25% Jahreszinsen.

***

Bunge & Born, die argentinische Tochtergesellschaft des Bunge International Holding, erwarb von Molinos Río de la Plata die Aktienmehrheit des Getreidehebers im Hafen von Bahía Blanca um U$S 15 Mio. Molinos veräussert planmässig Betriebe, die nicht direkt mit ihrer Schwerpunkttätigkeit zusammenhängen.

***

Durch Dekret 1110/98 (Amtsblatt vom 25.9.98) wurde die Firma Deutz Argentina SA ermächtigt, ihren Firmennamen in Agco Argentina SA zu ändern. In diesem Fall war ein Dekret notwenidg, da Deutz Argentina SA als Unternehmen im Register der Kfz-Fabrikanten eingetragen ist. Die Umbenennung erfolgt, weil dieses Unternehmen vor einigen Jahren von der niederländischen Investmentfirma Agco gekauft worden war und somit keine direkte Beziehung mehr zum ursprünglichen Stammhaus in Deutschland (Klöckner, Humboldt, Deutz AG) hat.

***

Die vorläufigen Eergebnisse der Umfrage bei Haushalten, die das Statistikamt Indec zus Ermittlung der Arbeitslosenquote durchführt, ergaben für August eine leichte Zunahme. Nach Aufarbeitung von 70% der Ergebnisse wurden 13,5%, gegen 13,2% bei der letzten Umfrage im Mai, festgestellt. Das wären etwas mehr als 1,7 Mio. Arbeitslose. Weitere 13% werden als unterbeschäftigt, mit weniger als 35 Wochenstunden,

eingestuft, was rd. 3,5 Mio. Menschen mit Besschäftigungsproblemen ergibt.

***

Garovaglio y Zorraquín, Inhaber des CEPA-Schlachthofes, gab an der Börse bekannt, dass die Verhandlungen über den Kauf des Quickfood-Schlachthofes mit der Bameule-Gruppe erfolglos abgebrochen wurden.

***

Im September wurden um 26,2% weniger ungedeckte Schecks ausgegeben als im Vormonat und um 16,7% weniger als im gleichen Vorjahresmonat, wie die Firma Fidelitas bekanntgab. In den ersten 9 Monaten wurden 52.494 Konten gesperrt, gegen 51.994 im selben Vorjahresvergleichszeitraum. Von den 4.907 im September gesperrten Konten waren es 72,5% wegen ungedeckter Schecks (hier können die Kontoinhaber durch 60 Monate kein neues Konto eröffnen) und 37,5% wegen Formfehlern.

***

Fiat hat die Suspendierung von 3.000 Mitarbeitern verlängert. Grund seien Lieferschwierigkeiten nach Brasilien, das 50% der Fertigung abnimmt. Das Personal erhält weiter 75% der Entlohnung. Renault erklärte auf Anfrage, derzeit seien keine Produktionsverringerungen vorgesehen.

***

Die Stromverteilungsunternehmen Edenor und Edesur haben im September im Vorjahresvergleich um 7% mehr Strom geliefert.

***

Das Energiesekretariat hat YPF ermächtigt, ab Dezember 1999 Gas nach Brasilien zu liefern, für ein Kraftwerk in Uruguayana, an der Grenze mit Argentinien. Die Genehmigung lautet auf 2,8 Mio cbm täglich, durch bis zu 20 Jahre, aus dem Neuquén-Becken. Da die bestehenden Gaskonzessionen in jener Gegend im Jahr 2017 ablaufen, muss YPF mindestens ein Jahr vorher den Nachweis neuer Gasreserven erbringen, um die Lieferungsverpflichtung einhalten zu können.

***

Die Firma Alpargatas hat bekanntgegeben, dass sie in der zweiten Oktoberhälfte ein Abkommen mit den Gläubigern (80% der Gesamtschuld) bekanntgeben wird, durch das die Schuld gestreckt wird. Das Abkommen wurde von Newbridge und Southern Cross gutgeheissen, den zwei Fonds, die Aktien des Unternehmens besitzen. Im Mai war der Versuch eines Abkommens mit den Gläubigern gescheitert. danach sanken die Aktien drastisch, nachdem die Corporación Metropolitana de Finanzas und die BAPRO Aktien verkauften, die sie als Garantie hielten. Alpargatas musste anschliessend auch auf die Ausgabe von Obligationen verzichten. Die Lösung wurde jetzt durch Mitwirkung der Finanzgesellschaft MBA und der US-Rechtsanwaltsfirma Shearman and Sterling erreicht.

***

In den nächsten Tagen soll der Verkauf der Banco Mayo abgeschlossen sein. Mehrere ausländische Banken interessieren sich für den Kauf.

Konkurse und Vergleichsverfahren

(in Pesos)

	1996	1997
Okt.	95.987.000	49.164.356
Nov.	63.547.652	20.748.776
Dez.	56.731.344	38.371.827
	1997	**1998**
Feb.	42.218.378	21.525.670
Mär.	59.929.433	83.737.695
Apr.	81.729.710	207.403.411
Mai.	59.270.159	52.516.568
Juni	78.335.159	107.698.425
Juli	16.807.538	22.915.851
Aug.	32.963.468	37.593.175
Sep.	30.119.536	37.996.155

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	10.8.98	14.8.98	26.8.98	31.8.98	7.9.98	14.9.98	18.9.98	28.9.98
Gold, Devisen u. Anlagen	22,62	23,05	23,65	24,49	24,80	24,14	23,95	24,32
Staatspapiere	1,79	1,74	1,54	1,46	1,51	1,43	1,53	1,56
Internat. Reserven ZB	24,41	24,80	25,22	25,94	26,31	25,57	25,48	25,88
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	9,41	8,97	8,65	6,72	7,22	7,10	7,04	6,85
Währungsreserven des Finanzsystems	33,82	33,77	33,87	32,67	33,52	32,67	35,52	32,74
Notenumlauf	16,09	15,69	15,17	15,18	15,60	15,15	14,68	14,28
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,04	0,03	0,03	0,02	0,02	0,03	0,04	0,01
Monetäre Passiven	16,12	15,72	15,20	15,20	15,62	15,18	14,72	14,28
Nettosaldo Swaps	6,26	7,09	8,17	8,98	8,82	8,68	8,91	9,70
Depositen der Regierung	2,40	0,78	0,62	0,56	0,46	0,64	0,55	0,94
Finanzpassiven	22,38	22,81	23,38	24,18	24,44	23,86	23,63	23,98

Quelle: Zentralbank